

Thomas Klein

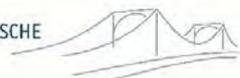
Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1092>

Reprint von:

Thomas Klein, Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung, in: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 13), S. 119-161

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Thomas Klein (1999), Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1092>

Ursprünglich erschienen als: Thomas Klein, Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung, in: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 13), S. 119-161

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 13

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen
der DDR-Geschichte, Band 2

Michael Lemke (Hg.)

Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

ZZF 9862 (HB, ZZF)

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Am Kanal 4/4a
D - 14467 Potsdam

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Sowjetisierung und Eigenständigkeit

in der SBZ/DDR (1945–1953) / Michael Lemke (Hg.). –

Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1999

(Zeithistorische Studien ; Bd. 13 : Herrschaftsstrukturen
und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 2)

ISBN 3-412-13698-0

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: 2. Jahrestag der Gesellschaft zum Studium
der Kultur der Sowjetunion (© Bundesarchiv Berlin)

Druck und Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH, Bad Langensalza

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13698-0

Inhalt

MICHAEL LEMKE

Einleitung	11
1. Sowjetisierung als Begriff und Forschungsproblem	11
a) Begrifflichkeit und Periodisierung	11
b) Zu Forschungsproblemen	16
2. Sowjetisierungsfelder in der SBZ/DDR	20
3. Möglichkeiten, Probleme und Themen eines Sowjetisierungsvergleichs	23
4. Die einzelnen Beiträge	25

LEONID J. GIBIANSKIJ

Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie	31
1. Einleitung	31
2. Grundlegende Faktoren der Sowjetisierung	32
3. Beginn der Sowjetisierung: Die Ausgangspositionen der kommunistischen Parteien, die Rolle der Sowjetunion und die Entstehung der „Volksdemokratien“	36
a) Der Typ Jugoslawien und Albanien	36
b) Der Typ Rumänien, Ungarn und Polen	37
c) Der Typ ČSR und Bulgarien	42
4. Modelle der „Volksdemokratie“: Das kommunistische Machtmonopol und die beschleunigte Sowjetisierung in Jugoslawien und Albanien	43
5. Modelle der Volksdemokratie: Zwei Koalitionsvarianten und die Perspektive einer verzögerten Sowjetisierung	50
a) Der Typ ČSR und Ungarn	50
b) Der Typ Polen, Rumänien und Bulgarien	51
6. Die Durchführung der verzögerten Sowjetisierung: Ihre Richtungen, Methoden und Mechanismen	58
a) Die Erweiterung der Massenbasis und Taktiken zur Verschleierung der kommunistischen Hegemonie	58

b) Repressive Maßnahmen, Verstaatlichungen und Wahlfarcen	63
c) Die gewaltsame Ausschaltung der Opposition und Terror als „Wahlkorrektiv“	66
d) Machtübernahme: Das Beispiel ČSR	68
e) Die Einverleibung der linken Bündnisparteien und die Metamorphose der Volksfronten	71
f) Der organisatorische Anschluß sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien an die kommunistischen Parteien	72
g) Fazit: Vereinheitlichung nach sowjetischem Muster	76
7. Die sowjetische Politik und die osteuropäischen Kommunisten – Resümee	76

ANDREAS MALYCHA

Die Illusion der Einheit – Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946–1951	81
1. Problemstellung	81
2. Verordnete Rücksichtnahmen und Konfliktvermeidung 1945–1946	83
3. Diskussionen über die Besatzungsmacht in den Landesvorständen der SED 1946–1947	85
a) Das Image als „Russenpartei“	86
b) Der Streit um die Wahlergebnisse und anhaltende Imagesorgen	93
c) Debatten um die Ernährungsfrage	98
4. „Sozialdemokratismus“ als Hilfsmittel der Gleichschaltung der Partei 1947–1951	104
a) Das Ende der Rücksichtnahmen: Kampfansage an die „Schumacherideologie“	105
b) Die „Sozialdemokratismus“-Kampagne	110

THOMAS KLEIN

Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung	119
1. Vorbemerkung	119
2. KPD und SPD im Nachkriegs-Ostdeutschland	120
a) Die KPD	120
b) Die SPD	123
2. Organisatorische und politische Ausgangsbedingungen für die neue Einheitspartei	124
3. Sowjetische Einflußnahme auf die sicherheitspolitische Konzeption der KPD in Ostdeutschland	126
4. SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren	127
5. Die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SED bis 1948	130
6. Linke Widerstandspraxis und die Verfolgung dissidenter Kommunisten	140
a) KPO in der SED	142
b) Internationale Kommunisten Deutschlands: Trotzlistische Opposition in der Ostzone	145

c) Von der KAP zur Gruppe „Neues Beginnen“: Der Versuch einer Vereinigten Opposition	146
7. Das Scheitern innerparteilicher widerständiger Strömungen in der SED vor und während ihrer Formung zur „Partei Neuen Typs“	150
8. Die Bildung der Parteikontrollorgane und die Einleitung einer Politik der Säuberungen	152
9. Die Tätigkeit der ZPKK und die Parteiüberprüfung 1949–1951	157
10. Die bürokratische Logik innerparteilicher Verfolgung während der Stalinisierung der SED – ein Resümee	160

JOCHEN LAUFER

Von den Demontagen zur Währungsreform – Besatzungspolitik und Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1948	163
1. Reparationen und Sowjetisierung	164
a) Anfänge und Schwerpunkte der sowjetischen Reparationspolitik	165
b) Die Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone	168
c) Die Kosten der Demontage- und Beutepolitik	171
2. Währung und Sowjetisierung	173
a) Die Sonderentwicklung der Finanzwirtschaft in der SBZ	174
b) Die Währungsreformpläne der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der Deutschen Zentralen Finanzverwaltung (DZFBV)	176
c) Die Durchführung der Währungsreform in der SBZ	181
3. Resümee	185

MONIKA KAISER

Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle? Sowjetische Einflußnahme und ostdeutsche Handlungsspielräume im Übergangsjahr von der SBZ zur DDR	187
1. Das Zusammenwirken sowjetischer und deutscher Partei- und Staatsinstanzen vor und nach Gründung der DDR	190
2. Wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen in der Übergangsphase von der SBZ zur DDR	193
a) DDR-Gründung im Kontext der deutschlandpolitischen Ziele	194
b) Schaffung der Nationalen Front und Bemühungen um eine gesamtdeutsche Friedensbewegung	198
c) Disput über Befugnisse und Zuständigkeiten der SKK	204
d) Übertragung von Verwaltungsfunktionen an die DDR-Regierung – Fallbeispiele	207

Übertragung beziehungsweise Übernahme der obersten Legislativfunktionen	207
Gewährleistung der Reparationslieferungen und Besatzungskosten als vordringliche Aufgabe der DDR-Regierung	211
e) Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung und Integration in den Sowjetblock	218
3. Schlußbemerkungen	230

MICHAEL LEMKE

Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der
Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951 233

1. Prinzipien, Ansprüche und Ziele der internationalen Politik der SED	235
a) Ausgangssituation und sowjetische Interessenlagen	235
b) Verfassungsrechtliche und allgemeine innere politische Grundlagen der Außenbeziehungen	238
c) Axiome einer alternativen SED-Außenpolitik	241
d) Außenpolitisches Regierungsprogramm und Feindbildbestimmung	244
e) Sowjetische Einflüsse und Kontrollmechanismen	246
2. Die Grundlagen des Aufbaus des MfAA und eines diplomatischen Dienstes	250
a) Die außenpolitische Kommission des Parteivorstandes der SED als Vorbereitungsgremium und die Gründung des MfAA	250
b) Aufgaben und Planungen	252
c) Die Kaderfrage als politisches und strukturelles Problem	257
3. Funktionale Probleme und Fragen der Effektivität der internationalen Tätigkeit	264
a) Mangel an Professionalität und finanzielle Probleme als Leistungshemmnisse und Ursachen von Rationalitätskonflikten	264
b) Sowjetische Einflüsse als Effektivitätsproblem	267
c) Ökonomische, handelspolitische und andere Effektivitätsprobleme	269
4. Resümee	272

WILLIAM STIVERS

Amerikanische Sichten auf die Sowjetisierung
Ostdeutschlands 1945–1949 275

1. Einleitung	275
2. Wahrnehmungen der Moskauer „demokratischen“ Linie	276
a) Ausblick auf die Einheitsfront	278
b) „Sektierer“ im Aufwind	279
3. Die SED aus der amerikanischen Perspektive	281
a) Die bürgerlichen Parteien bleiben fest	282
b) Sektierer diskreditiert: Wahlen in der Sowjetzone	283

c) Moskaus neue Initiative	285
d) Clay verhandelt für die deutsche Einheit	287
e) Das State Department entscheidet sich für die Teilung	289
f) Gab es eine Chance?	290
4. Das Ende der neuen Politik	292
5. Kaiser, Lemmer und die nationale Vertretung	297
6. Neue Gefahr: Wiederbelebung der breiten Front	299
7. Die Umklammerung ist geschlossen	304

JAROSLAV KUČERA

Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945–1952	305
---	-----

1. Einleitung	305
2. Die Politik der KP(T)sch gegenüber den Staatsangestellten in den Jahren 1945–1948	307
3. Die kommunistische Machtübernahme im Februar 1948 und die Beherrschung der Staatsverwaltung durch das neue Regime	319
4. Der Aufbau des Systems der kommunistischen Kaderpolitik 1948–1952	333
5. Zusammenfassung	339

Abkürzungsverzeichnis	343
-----------------------------	-----

Literaturverzeichnis	349
----------------------------	-----

Autorenverzeichnis	363
--------------------------	-----

THOMAS KLEIN

Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung

1. Vorbemerkung

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl neuer Veröffentlichungen zur Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR vorgelegt worden, die dieses auch schon zuvor sehr aufmerksam verfolgte Kapitel der Repressionsgeschichte, basierend auf jetzt gut zugänglichen Dokumenten aus Archivbeständen der SED und auf russischen Quellen, anreichern.¹ Jene Akten belegen auch die Härte und den Stellenwert der Verfolgung von oppositionellen Kommunisten innerhalb und außerhalb der SED. Der linke Widerstand gegen den Nachkriegskurs der KPD, gegen die Stalinisierung der SED, schließlich die Verfolgung von linken Kritikern und Oppositionellen innerhalb und außerhalb dieser Partei sowie der westdeutschen KPD und endlich die Säuberung beider Parteien war aus mehreren Gründen immer eine besondere Dunkelzone der Parteigeschichte. Daß dabei weder die Stalinisten noch das vielfältige sozialismusefeindliche politische Spektrum an der Würdigung linker Dissidenz interessiert waren und sind, bleibt durchaus nachvollziehbar. Doch unabhängig davon gibt es ebenso zeithistorische Interpretationsdefizite.

Bei der Betrachtung jener Zeit fällt zunächst das enorme Mißverhältnis zwischen dem tatsächlichen formellen und informellen Aufwand zur Eliminierung solcherart Dissidenz und dem realen politischen Gewicht linken Widerstands innerhalb der SED auf. Während der operative und propagandistische Aufwand zur Niederhaltung der verschiedenen sozialdemokratischen Tendenzen durchaus auch deren potentieller Gefährlichkeit, schon wegen der

1 Siehe auch den Beitrag von A. Malycha in diesem Band; außerdem z. B.: Andreas Malycha (Hg.), Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone. Eine Quellenedition. Bonn 1995. ders.; Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996. Frank Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948. Bonn-Bad Godesberg 1973, Neuauflage 1990. Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953. Bonn 1996. Alexandr Haritonow, Freiwilliger Zwang. Die SMAD und die Verschmelzung von KPD und SPD in Berlin. Deutschland-Archiv 3/1996, S. 407ff. Harold Hurwitz, Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949. Opladen 1997. Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!“ Partei-säuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror, Stalinistische Partei-säuberungen 1936–1953. Paderborn 1998.

numerischen Stärke des nominell sozialdemokratischen Mitgliederflügels, entsprach, fehlt dieser Deutungszugang im Falle linken oder kommunistischen Widerstands. Allerdings belegen die Quellen, daß die Themen und die Intensität der Widerstandspraxis jener Handvoll aktiver linker Oppositioneller tatsächlich die Transformation der SED in eine stalinistische „Partei neuen Typus“ ernsthaft zu gefährden drohten, wenn es ihnen gelungen wäre, die Parteimitgliedschaft zu erreichen oder in ihr Fuß zu fassen. Der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ trug angesichts der eher verhaltenen Widerstandsarbeit einer, gemessen an ihrer Gesamtzahl, kleinen Schar von Sozialdemokraten innerhalb der SED vor allem der erkannten Notwendigkeit Rechnung, diesen großen innerparteilichen Unsicherheitsfaktor durch Einschüchterung zu neutralisieren und das Infiltrationspotential des externen Faktors Ostbüro zu berücksichtigen. Anders als im Falle der Sozialdemokraten spiegelt dagegen die Verfolgung der kleinen Gruppe linkssozialistischer und kommunistischer Antistalinisten vor allem das Bewußtsein des befürchteten Wirkungsgrads konzeptioneller Widerstandsarbeit vielfach erfahrener und überwiegend konspirativ arbeitender Aktivisten wider: Deren politische Sozialisation ließ sie über ähnliche Erfahrungshintergründe wie ihre Gegner und deshalb auch über eine genaue Kenntnis der stalinistischen Politikmuster und -ziele verfügen.

Aus diesen Gründen wird in den folgenden Ausführungen besonders der Stellenwert stalinistischer Verfolgungen linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz innerhalb der SED bestimmt und die erfolgreiche Niederhaltung und schließlich die Zerschlagung antistalinistischer sozialistischer Strömungen innerhalb des Transformationsprozesses dieser Partei bewertet. Und es soll deutlich werden, welchem eigentlichen Zweck die in Parteisäuberungen mündende innerparteiliche Repression diene: Über die „Liquidierung“ tatsächlicher oder vermeintlicher „Parteifeinde“ hinaus war sie ein Beitrag zur nachhaltigen Immunisierung der Kader- und Massenpartei gegen jede Form der Dissidenz im Prozeß ihrer Verwandlung in ein Instrument der Bürokratie. Wie groß unter den besonderen ostdeutschen Bedingungen die Eigenverantwortung der „deutschen Parteiführung“ für den Prozeß der Stalinisierung der SED war und wie der sowjetische Einfluß in diesem Zusammenhang zu bewerten ist, wird im Rahmen der Hypothese untersucht, daß die Stalinisierung der SED gleichsam Voraussetzung und wichtigster Bestandteil der Sowjetisierung der SBZ/DDR war.

1. KPD und SPD im Nachkriegs-Ostdeutschland

a) Die KPD

Unter den besonderen Bedingungen des sowjetischen Besatzungs- und Kontrollregimes trat die reorganisierte KPD bereits als überwiegend stalinistisch geführte kaderorientierte Partei auf den Plan. Die in den zwanziger Jahren „bolschewisierte“ Partei hatte sich ihrer Dissidenten bereits entledigt, und ihre die sowjetischen Säuberungen der dreißiger Jahre überlebenden Exil-Kader waren auf die sowjetische Parteiführung eingeschworen. Anders als in der Sowjetunion stand der stalinisierten KPD in der SBZ allerdings die „Liquidierung“ alternativer politischer Strömungen im Nachkriegs-Ostdeutschland noch bevor, während die Beseitigung konkurrierender Plattformen innerhalb und außerhalb der sowjetischen Partei die Voraussetzung der damaligen stalinistischen Vernichtungsauslese im politbürokratischen

Parteiparat und im übrigen Parteikörper bildete. Überhaupt stellte die Situation im besetzten Deutschland die KPD vor grundsätzlich neue Aufgaben. Die sowjetische Distanzierung von der sofortigen Übertragung des eigenen Modells auf ihr Besatzungsgebiet erhöhte noch zusätzlich das politische Gewicht der KPD, wenn nach Stalins Maßgaben vom Juni 1945 in einer „parlamentarisch-demokratischen Republik“ „die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei [...] gesichert sein (müßte)“.² Insofern war es folgerichtig, daß Stalin bei dieser Gelegenheit für die unmittelbare Zukunft, entgegen Walter Ulbrichts Auffassung³, dem Ausbau und der Festigung von KPD-Strukturen gegenüber der Schaffung einer Einheitspartei Vorrang einräumte. Dies war gewiß mit später nicht einlösbaren Hoffnungen auf eine Dominanz der KPD insbesondere gegenüber der SPD verbunden. Also lehnte Ulbricht am 12. Juni 1945 auch gehorsam den Vorschlag der sozialdemokratischen Zentralauschuß-Minderheit zur frühzeitigen Schaffung einer Einheitspartei ab, den Gustav Dahrendorf der KPD unterbreitete.⁴ Ebenso gehorsam hatte das KPD-Sekretariat zuvor in ihrem Aufruf vom 11. Juni den Eindruck vermittelt, mit der vollendenden bürgerlich-demokratischen Revolution in Gestalt der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung einen ganz neuen Weg jenseits der alten Losung vom „Sowjetdeutschland“ beschreiten zu wollen. Mit dem Verzicht auf die Betonung des Übergangscharakters dieser propagierten Umgestaltung ging zunächst (und nicht nur bei ostdeutschen Kommunisten) die Aufwertung des Beschreitens nationaler Wege zum Sozialismus einher. In der deutschen Partei verband sich damit vor allem der Name des ZK- und Sekretariatsmitglieds Anton Ackermann.

Angesichts dieser komplizierten und vorerst unübersichtlichen Situation war nur eines von Anfang an klar: Alles hing davon ab, ob innerhalb der KPD unverzüglich die kader- und später auch massen- und parteipolitischen Voraussetzungen für die zentralistische Beherrschung der Partei durch die Stalinisten geschaffen werden konnten, um notwendig werdende unverhoffte politische Schwenks über eine disziplinierte Partei reibungsarm und schnell zu realisieren. Dies allerdings war eine bekannte und vielfach bestandene Herausforderung: Es ging um die Stalinisierung einer allerdings erst wieder neu zu schaffenden Massenpartei, deren „Einheit und Reinheit“ dann zu schützen war. Eine solcherart formierte Partei hatte jedoch nicht einfach nur im Dienste der deutschen Parteiführung zu agieren, sondern mußte

-
- 2 So votierte Stalin in Moskau gegenüber seinen deutsche Gesprächspartnern Ulbricht, Ackermann und Sobottka anläßlich der bevorstehenden sowjetischen Genehmigung zur Betätigung von politischen Parteien in ihrem Besatzungsgebiet. Vgl. auch Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, *Deutschland-Archiv*, H. 3/1996, S. 355ff.
 - 3 Nach Anton Ackermanns 1963 gegebenem Bericht über das Zustandekommen des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 erklärte Stalin bei dem erwähnten Vorgespräch mit Pieck und den nach Moskau zurückbeordneten deutschen Funktionären hinsichtlich des Tempos der Schaffung der Einheitspartei, er sei „gegen eine rasche Vereinigung von KPD und SPD, wie sie die von Genossen Ulbricht vorgetragene Konzeption vorsah.“ (vgl. Laufer, *Genossen*, S. 357). Stalins Votum gegen eine „Mischmasch-Partei“ unter den Bedingungen der erwarteten Einmischung der „imperialistischen Mächte“ war aber durchaus kompatibel mit den bis Kriegsende ausgearbeiteten Planungen der Moskauer KPD-Führung über den Parteaufbau. Vgl. Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“. *Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*, Berlin 1994, S. 99ff.
 - 4 Allerdings kam es am 19. Juni 1945 zur Bildung eines zentralen Arbeitsausschusses von KPD und SPD. Vgl. dazu: Andreas Malycha, *Die Geschichte der SED – Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961*, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), *Die SED, Geschichte – Organisation – Politik*, ein Handbuch, Berlin 1997, S. 17.

auch die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht durchsetzen helfen. Allerdings konnte sie sich der sowjetischen Beihilfe sicher sein, solange sie vor allem deren Maßgaben folgte. Neben der sowjetischen Hilfestellung waren 1945 jedoch für die anstehende Parteiformierung nur die führungspolitischen Voraussetzungen an der Parteispitze relativ günstig, da die Initiative von Anfang an seitens der „Moskowiter“ nicht aus der Hand gegeben wurde. In der kaderpolitischen Kontrolle des zum Teil beunruhigenden „Wildwuchses“ bei den sich spontan gründenden Basisorganisationen bestand die nächste Aufgabe. Dies mußte einhergehen mit dem Aufbau eines zuverlässigen Apparats. Wenn dann auch die Massenpartei KPD unter Kontrolle war, konnte man im Sinne der Stalinschen Empfehlung zur Schaffung der Einheitspartei und dem neuerlichen Anlauf zur Formierung dieses noch problematischeren Partei- und Funktionärskörpers übergehen.

Der hohe Stellenwert des Schutzes der Partei vor „feindlichen Elementen“ und ihre Säuberung nach sich fortlaufend ändernden Maßgaben war einer der wichtigsten konstituierenden Faktoren der KPD seit ihrer Stalinisierung in den zwanziger Jahren. Begünstigt wurde dies auch durch solche „äußeren“ Faktoren wie Illegalität namentlich in den 12 Jahren Hitlerdiktatur. Unter diesem Gesichtspunkt ist nachvollziehbar, daß in der Kaderarbeit der KPD sicherheitspolitische Kriterien im Sinne des Schutzes der Partei gegenüber Bedrohungen „von außen“, aber vor allem vor solchen „feindlichen Elementen“ in ihr selbst höchste Priorität erhielten. Dabei zeigt auch die Geschichte der stalinisierten KPD, wie konsequent die jeweiligen Parteiführungen nach dem Vorbild der sowjetischen Partei interne Säuberungen mit dem Szenario einer Bedrohung durch in die eigenen Reihen geschleuste Agenten äußerer feindlicher Mächte oder Ideologien verbanden und legitimierten.

Ulbricht entwarf bereits am 15. Februar 1945 im Moskauer Exil „Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation“, nach denen ehemalige Parteimitglieder, die „wegen Zugehörigkeit zu parteifeindlichen Gruppierungen (Brandleristen, Trotzkisten, Neumanngruppe) ausgeschlossen wurde[n] oder aus der Partei ausgetreten“ waren, nicht wieder in die KPD aufgenommen werden sollten.⁵

Nach 1945 erweiterte sich für die neuerstandene KPD in der SBZ dieses Sicherheitsdenken über den Parteihorizont hinaus: Das kaderpolitische Bestreben der KPD, entscheidende Positionen in der öffentlichen Verwaltung mit bewährten (also auch sicherheitspolitisch einwandfreien) Genossen zu besetzen, verband sich mit der freiwilligen Unterordnung unter die sowjetischen (insbesondere sicherheitspolitischen) Interessen sowohl beim Verwaltungsaufbau als auch beim Parteaufbau.

Die Bedingungen für die Durchsetzung einer strikten stalinistischen innerparteilichen Kaderpolitik waren damals insgesamt noch denkbar schlecht. Das Ulbricht-Konzept vom Februar 1945 war nicht durchsetzbar und seine Umsetzung wurde erst einmal aufgeschoben. Zunächst verfügte das KPD-Zentralsekretariat zwecks Parteiabsicherung im Juli 1945 die Bildung eines „Abwehrapparates zur Beobachtung und Beschaffung von Informationsmaterialien“.⁶

5 Vgl. Erler/Laude/Wilke, Nach Hitler, S. 327f.

6 Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, 5 Bände, Band 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis April 1946, München 1993, S. 35.

b) Die SPD

Das schnelle Erstarken der SPD in der Ostzone war vom Rückzug des sozialdemokratischen Zentralausschusses von seinen früheren Offerten der möglichen organisatorischen Verschmelzung⁷ zugunsten eines angemeldeten eigenen Führungsanspruchs begleitet. Vor dem Hintergrund katastrophaler Wahlergebnisse der kommunistischen Parteien in Österreich und Ungarn schwenkte die KPD-Führung Ende 1945 nach Abstimmung mit Stalin rigoros auf die ehemalige Position des SPD-ZA vom Juni 1945 um. Es ist inzwischen belegt, daß der KPD-Druck in Richtung Einheitspartei nicht in erster Linie aufgrund einer mehrheitlichen bedingungslosen Ablehnungsfront innerhalb der SPD gegen diese Vereinigung, sondern zur Durchsetzung des schnellen Zusammenschlusses noch vor den Wahlen ausgeübt wurde. Es liegt auf der Hand, daß die KPD-Führung angesichts der wachsenden Akzeptanz der Ende 1945 gut konsolidierten SPD ihre angestrebte Hegemonie um so mehr gefährdet sah, als sich die formal in Aussicht gestellte Fusion verzögerte. Überdies wuchsen im Verlaufe des Jahres 1945 die Skepsis und das Mißtrauen in den SPD-Basisorganisationen gegenüber der KPD-Führung. Die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft der SBZ befürwortete daher einen längeren Prozeß der Zusammenarbeit, ehe die Perspektive der gleichberechtigten Vereinigung in Reichweite käme. Aus den genannten Gründen wurden seitens der KPD-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht erheblicher Druck und zum Teil terroristische Methoden überall dort angewandt, wo seitens vereinigungsunwilliger SPD'ler Widerstand gegen die sofortige Verschmelzung geleistet oder erwartet wurde. Die Haltung Erich Gniffkes⁸ zur Einheitspartei ist seinem Brief vom 23. Februar 1946 an Otto Grotewohl über seine Begegnung mit Kurt Schumacher in der SPD-Zentralausschußsitzung vom 22. Februar zu entnehmen. Dort heißt es: „In meinem Schlußwort, das ich vor Schumacher nahm, habe ich dann eindeutig darauf hingewiesen, daß bei einem Parteitag, auf dem die Verschmelzung beschlossen wird, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht allein in der östlichen Zone aufhört zu existieren, sondern auch in Gross-Berlin, weil die Existenz der SPD auch in Gross-Berlin auf dem Befehl Nr. 2 beruht. Dieser Befehl ist ausdrücklich von dem Kontrollrat für Berlin übernommen worden. [...] Berlin spiegelt durch seine Besatzungssektoren das deutsche Zonengebiet wider; auch im Reichsmaßstab gesehen wird sich eine solche Entwicklung zeigen, so daß nach meiner festen Überzeugung das Ergebnis einer Schumacher'schen Bemühung auch nur sein wird, daß die SPD im Westen eine kleinbürgerliche Partei wird und Schumacher wird dann der Führer dieser kleinbürgerlichen Partei sein.“⁹

Jedoch hat es in der deutschen Nachkriegs-Sozialdemokratie auch nicht an Versuchen gefehlt, von Anfang an eine nicht an die alten Organisationsformen anknüpfende wirkliche

7 Vgl. den Aufruf des provisorischen Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945, in: Herbst/Stephan/Winkler, *Die SED*, S. 534–536.

8 Gniffke war 1945/46 einer der drei Vorsitzenden der SPD und der BV Berlin und dann in der SED Parteivorstands- und Zentralsekretariatsmitglied.

9 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED (im folgenden: SAPMO-BArch, DY 30) IV 2/4/379. Nach der SED-Gründung im April wurde im Mai 1946 nach Vereinbarung in der Alliierten Kommandantur die Zulassung der SED in Groß-Berlin und der SPD auch im Ostsektor vereinbart. Gniffke behauptete übrigens am 11. Februar 1948 gegenüber seinem US-amerikanischen Gesprächspartner Morris, in Berlin hätten die Vereinigung 19 500 Sozialdemokraten nicht mitgemacht. Davon waren 3 900 sozialdemokratische Mitglieder vor 1933. SAPMO-BArch DY 30 IV 2/4/379, S. 258.

Einheitspartei für die ganze Arbeiterklasse aufzubauen. Neben den dominanten Bestrebungen, die SPD nach Kriegsende wiederzugründen, scheiterte der Versuch des Thüringer Sozialdemokraten Hermann Brill, eine Einheitspartei mit dem Namen „Bund demokratischer Sozialisten“ ins Leben zu rufen, an der Zustimmungsverweigerung der SMAD. Und in der französischen Zone erstickte die Bildung einer „Sozialistischen Partei“ unter Einschluß der Kommunisten an der Wiedergründung der KPD. Natürlich hatten zu diesem Zeitpunkt weder die Sowjets noch die KPD-Wortführer Interesse an einer Einheitspartei. Jedoch drückten solche sozialdemokratischen Initiativen ebenso wie der von der KPD-Führung abgewiesene frühe Versuch des Berliner Zentralausschusses der SPD, die organisatorische Einheit zu erörtern, eine reale Stimmung großer Teile der Sozialdemokraten aus. Und die äußerst kritische Sicht auf die Politik der eigenen Partei während der Weimarer Republik war nicht nur bei den deshalb eine Einheitspartei befürwortenden Sozialdemokraten verbreitet, sondern auch bei den überzeugten SPD-Wiedergründern aller Zonen.

2. Organisatorische und politische Ausgangsbedingungen für die neue Einheitspartei

Der Kurs in Richtung Einheitspartei wurde beschränkt, noch bevor selbst die Stalinisierung der sich neu formierenden KPD überhaupt systematisch begonnen werden konnte. Nicht nur das unerwartete Tempo der politischen Entwicklung in den ersten Nachkriegsmonaten, sondern auch die erwähnten „programmatischen Manöver“, zu denen sich die KPD-Führung durch Stalin gezwungen sah, komplizierten die Situation: Sowjetischerseits war gerade im vierfach besetzten Deutschland das Primat der Erhaltung unbedingter Souveränität im eigenen Besatzungsgebiet mit der Notwendigkeit politischer Rücksichtnahme auf die Westalliierten zu kombinieren. Mehr noch als im sowjetisch besetzten Ost- und Südosteuropa hätte deshalb eine in der SBZ vollzogene unverblühte Säuberung oder direkte Ausschaltung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten nach „osteuropäischem Szenarium“ durch die sowjetischen Organe oder durch die ihr ergebene kommunistische Partei das sowjetische Verhältnis zu den Kriegsverbündeten besonders belastet.¹⁰ Die KPD-Führung mußte daher unter sowjetischer Anleitung einen „besonderen deutschen Weg“ zur politischen Neutralisierung der SPD und der bürgerlichen Parteien ausarbeiten, ohne ihren Führungs- und letztendlich Alleinherrschaftsanspruch zu gefährden. Eine erfolgreiche „Neutralisierungstaktik“ war die einzige Alternative zur offenen terroristischen Ausschaltung politischer Konkurrenten der KPD durch die sowjetische Besatzungsmacht. Ohne gewaltsame Eingriffe seitens der SMAD war jedoch auch diese Neutralisierung nicht zu haben. Unter solchen Bedingungen ergab sich die Praxis des verdeckten Terrors als konsistentester sowjetischer Lösungs-

10 Wenn später (seit der 1. Parteikonferenz vom Januar 1949) verschiedene Parteifunktionäre im Nachhinein sogar den Eindruck erweckten, sie glaubten nun, es sei damals fehlerhaft gewesen, nicht wie in anderen ost- und südosteuropäischen Volksdemokratien die sozialdemokratische Partei schon vor der Parteivereinigung gesäubert zu haben (vgl. den Beitrag von Andeas Malycha in diesem Band), so ist dies eindeutig als zeitgenössisches propagandistisches Manöver angesichts der inzwischen notwendig gewordenen Vermittlung jener damals herangereiften Periode systematischer Säuberungen anzusehen und nicht als wirkliche „Selbstkritik“.

weg in Ostdeutschland. Auch wenn dann Verhaftungen, Funktionsenthebungen und andere Repressionen durch sowjetische Sicherheitsorgane vorgenommen wurden, schwächte dies ebenfalls die politische Akzeptanz der „Russenpartei“ KPD/SED.¹¹ Hier findet man auch den Grund dafür, daß sich SED-Parteigremien immer wieder an SMAD-Organen wandten, um durchaus ernsthaft die Freilassung bzw. Aufklärung der Verhaftung von Parteimitgliedern (vor allem ehemaliger SPD-Angehöriger) zu erwirken.

Das Projekt der Einheitspartei zwang den auf die Sowjets orientierten Teil der Parteiführung daher zum Vollzug der Partei-Stalinisierung, ohne daß dies für ihren kommunistischen Teil schon abgeschlossen war. Gleichzeitig war jedoch für die deutsche Parteiführung die problematische Stalinisierung einer Einheitspartei der einzige Weg, in dieser komplizierten Gemengelage von widersprüchlichen deutschen und sowjetischen Interessen die Macht später auch ohne permanente sowjetische Hilfestellung zu behaupten.

Die SED unmittelbar nach der zonalen Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 war aus der Sicht der tonangebenden „Moskauer“ KPD-Führungsgruppe „zusammengewürfelt“ und deshalb im Lichte ihrer Option, die ganze Partei unter ihre Kontrolle zu bringen, durchsetzt mit „Fremdkörpern“. Hinzu trat der Umstand, daß zuvor in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der neuen KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden. Dies setzte sich für die Neuzugänge zu der jungen Einheitspartei SED fort. Das Defizit an stalinistischer politischer Sozialisierung in der SED kombinierte sich auch mit dem Dilemma, daß die Bevölkerung der SBZ natürlich in erster Linie die SED (wie zuvor die KPD) mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Maßnahmen identifizierte und dies häufig beider Ansehen beeinträchtigte. Damit sind die Begründungszusammenhänge für den „Repressionsbedarf“ nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion formulierbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste, und damit letztlich entscheidende, den Stalinisten zur Verfügung stehende Instrument der Partei- und Gesellschaftsformierung.

11 In einem Brief an Gniffke (damals Mitglied des Landtags Mecklenburg) vom Januar 1947 gab ein SED-Mitglied aus dem Kreis Salzwedel Aufschluß über die Wahlschlappe der SED bei den vorjährigen Kommunal- bzw. Kreis- und Provinziallandtagswahlen: „[...] die beiden [...] noch nicht vereinigten Arbeiterparteien waren diejenigen, die sich für die Bodenreform und gleichzeitig für die Schaffung neuen Privateigentums eingesetzt haben. Denen wurde durch die Flüsterpropaganda in die Schuhe geschoben, daß es kein Jahr mehr dauert und das ganze Privateigentum wird aufgehoben und die jetzt geschaffenen Neusiedlerstellen werden mit den Altbauern zusammen zur kolchosen Wirtschaft vereinigt. Hier haben viele Flüchtlinge und auch Landarbeiter, die durch die Initiative beider Arbeiterparteien auf Grund der Bodenreform Land erhalten haben, sich von uns abgewandt und der LDP zugewandt und ihre Stimme gegeben.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379

3. Sowjetische Einflußnahme auf die sicherheitspolitische Konzeption der KPD in Ostdeutschland

Die noch in den Anfängen steckende Erforschung linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz erbringt überraschende Einblicke in die beachtliche Widerstandsbereitschaft und Entschlossenheit einer kleinen Anzahl von Zirkeln und Gruppen gegen die Stalinisierung der SED. Daß und wie man sich sowohl auf sowjetischer Seite als auch in dem mit ihr verbündeten Parteiführungsflügel dieses Widerstandspotentials bewußt war, spiegelt etwa die schon im Mai 1946 ergangene Warnung Tjulpanovs (Chef der Propagandaverwaltung) und Bokovs (Mitglied des Militärrats) an die Mitglieder des Zentralsekretariats (ZS) Wilhelm Pieck, Ulbricht und Grotewohl vor illegalen Organisationen aus „trotzkistischen Elementen“ innerhalb der SED, verbunden mit der Forderung nach operativen Gegenmaßnahmen.¹²

Im August 1946 informiert Generaloberst Serov (Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung und Chef der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ) Pieck über die Aktivitäten aus der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAP)¹³ in Berlin gegen die Politik der SED: Warnend hieß es, die illegal arbeitenden oppositionellen Gruppen sähen es als ihre Hauptaufgabe an, Leitungen der SED mit ihren Leuten zu besetzen und pflanzen, Flugblätter und Broschüren zu verbreiten. Ihre Aktivitäten zielten gegen die Moskauer Kader und deren Versuche, sowjetische Methoden auf die speziellen Verhältnisse anderer Länder zu übertragen und so die imperialistischen Ziele der Sowjetunion zu unterstützen. Die in den Pieck-Notizen überlieferten fragwürdigen konkreten Informationen besagen unter anderem, daß gemäß den Aussagen eines verhafteten Mitglieds aus Berlin-Mitte die Berliner Gruppe 200 frühere KPD-Mitglieder zähle und im Juli 1946 die Schöneberger Gruppe auch mit Angehörigen der amerikanischen Armee in der Wohnung eines Mannes namens Weiland¹⁴ zusammenkam.¹⁵

Angesichts der naheliegenden Vermutung, diese Warnungen seien zweckvolle Übertreibungen gewesen, ist es sinnvoll, nach der Bewertung linker Opposition in der SED insbesondere in Berlin aus der Sicht der deutschen Parteiführung zu fragen. Solche Fragen hatte offenbar auch die SMAD, wie das Informationsgespräch einer Moskauer ZK-Delegation zur Prüfung der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung mit Hermann Matern (damals Vorsitzender der SED-Landesverbands Groß-Berlin) über die Situation in der Berliner SED am 25. September 1946 (nach den SBZ-Septemberwahlen und vor den Oktoberwahlen in Ber-

12 Rolf Badstübner und Wilfried Loth (Hg.), *Wilhelm Pieck, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953*, Berlin 1994, S. 73f.

13 Die KAP organisierte seit 1920 solche Teile der linkskommunistischen Opposition der KPD, die über die Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAU) hinaus eine politische Partei für notwendig hielten. Sie zerfiel rasch und ihre Mitglieder wurden vornehmlich von der AAU und der SPD absorbiert. Ehemalige KAPler in der SPD beteiligten sich 1931 an der Gründung der „Roten Kämpfer“, die als Widerstandsgruppe bis 1937 agierte. Die AAU wurde 1920 von linkskommunistischen Gruppen als revolutionäre Einheitsorganisation der Lohnarbeiterschaft gegründet. Nach raschem Aufschwung stagnierte die Union und verlor noch vor 1923 an Bedeutung. Wieder vereinigt mit der 1921 abgespaltenen AAU-Einheitsorganisation existierte sie als Kommunistische Arbeiterunion Deutschlands (KAUD) bis zur Zerschlagung durch die Faschisten.

14 Vgl. dazu auch S. 145ff.

15 Badstübner/Loth, *Wilhelm Pieck*, S. 77ff.

lin) zeigte: Matern erwiderte auf die Frage Burcevs (Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte), ob die wirkliche Einheit der Partei ohne Säuberungen erreichbar ist, wörtlich: „Eine Säuberung ist notwendig. [...] die Schwierigkeiten mit dem sozialdemokratischen Teil der Partei [in Berlin sind] nicht so groß wie manche denken. Erheblich mehr Schwierigkeiten haben wir auf der Seite der Kommunisten. Fraktionsarbeit wird in Berlin meist von Kommunisten geführt. Außerhalb Berlins ist die Situation umgekehrt. Außerhalb Berlins sind in die SED fast alle Sozialdemokraten eingetreten [...] Ein Teil der Sozialdemokraten dort muß entfernt werden, aber jetzt können wir sie nicht rauschmeißen. In Berlin dagegen müssen wir uns mehr mit den Kommunisten befassen. [...] in Berlin befinden sich die Hauptopportunisten [sozialdemokratische SED-Kritiker] in der Sozialdemokratischen Partei.“ Auf die direkte Frage Panjuschkins (1. Stellvertreter des Leiters der Abteilung Internationale Information des ZK), ob eher ehemalige rechte Sozialdemokraten oder ehemalige linke Kommunisten gefährlicher (insbesondere für die Parteeinheit) seien, antwortete Matern: „Die Ultralinken. [...] Eine eigene Organisation (haben sie) nicht, aber sie mach(en) fraktionelle Arbeit. [...] die größere Gefahr ist die ‚linke‘, sowohl im organisatorischen, als auch im ideologischen Sinne.“¹⁶

Dies sind allerdings Indizien dafür, daß – neben dem klaren Bewußtsein von der eigentlich gewichtigen potentiellen „sozialdemokratischen Gefahr“ in der SED – die Wachsamkeit angesichts der akuten Gefährdung durch oppositionelle Linke wach geblieben war. Das verriet auch schon ein noch früher datierter Bericht Fritz Großes¹⁷ über die Lage in Sachsen vom August 1946¹⁸, der Moskau die Bildung eines vom NKWD unabhängigen Parteabwehrapparats in der SED zur Bekämpfung und zur Beobachtung der Blockparteien vorschlug. Ausgehend davon, daß dies seiner Meinung nach auch von den früheren Sozialdemokraten in der SED gebilligt würde, könne nach Großes Meinung dieser Apparat dann in eigener Regie zur Beobachtung von Trotzlisten, ehemaligen Oppositionsgruppen und schließlich auch von „Schumacherleuten“ eingesetzt werden.

4. SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren

Die Geschichte der Parteikontrolltätigkeit in der SED beginnt nicht etwa erst mit der 1948/49 erfolgten Bildung von Parteikontrollkommissionen. Die Parteiführung mußte sich bereits unmittelbar nach Gründung der SED mit Fragen der Entwicklung von Instrumenten und Methoden befassen, mit deren Hilfe den verschiedenen Formen realer und befürchteter innerparteilicher Dissidenz begegnet werden konnte. Die erwähnten Parteikontrollkommissionen waren sowohl die Quintessenz bisheriger Erfahrungen anderer Institutionen der SED mit abweichenden oder widerständigen innerparteilichen Tendenzen als auch eine Antwort der Parteiführung auf die besonderen Herausforderungen im Vollzug der Stalinisierung der Partei. Doch gerade das, was sich vor der Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typs“ hinsichtlich der Verfolgung tatsächlicher und vermeintlicher Opposition ereignete,

16 Parteiarchiv RCCHIDNI Moskau, f17, op.128, d.151, l.120–136. Das Dokument wurde übersetzt und kommentiert von Elke Scherstjanoi, BzG 38/96 Heft 3, S. 59–88.

17 Große war 1945 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Sachsen neben deren 1. Sekretär Matern.

18 Ulrich Mählert, „Im Interesse der Sache würde ich empfehlen ...“ Fritz Große über die Lage der SED in Sachsen, Sommer 1946, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung 1996, Berlin 1996, S. 215ff.

läßt diese Parteikontrollkommissionen in einem viel deutlicheren Licht erscheinen, als dies ihre Gründungsdokumente vermögen. Gerade diese Vorgeschichte belegt in aller Deutlichkeit, daß sowohl die Parteikontrollorgane als auch jene Institutionen, die in der SED als ihre Vorgänger zu gelten haben, weniger an das Aufgabenprofil der Schiedsgerichte und –kommissionen von SPD und KPD anschlossen, als vielmehr in Tradition und Selbstverständnis dem Abwehr- und Nachrichtendienst der KPD verpflichtet waren.

Bei der Sichtung der Bestände der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) fällt auf, daß dort auch eine Vielzahl von Unterlagen aus der Zeit vor ihrer Bildung erfaßt ist. Die interessantesten stammen aus der Arbeit der Abteilung Personalpolitik (PPA).¹⁹ Einige Dokumente lassen ihre Herkunft aus der Abteilung Kader des alten KPD-Apparats erkennen. Und immer wieder tauchen sowohl unter den Adressaten von Meldungen als auch unter den Urhebern von Anfragen die Namen Laufer, Haid und Dahlem auf. Noch vor bekannten Namen aus dem Bereich späterer Parteikontrolltätigkeit wie Hermann Matern, Herta Geffke²⁰ u. a. verdienen Paul Laufer²¹, Bruno Haid²² und Franz Dahlem²³ gerade hinsichtlich der frühen Formen solcher Kontrolle besondere Aufmerksamkeit.

Die Abwehr verschiedener Gefährdungen, die einer Umformung der frühen SED in eine stalinistische Kaderpartei im Wege standen, bündelten sich schon damals in der Frage „Wer ist Wer?“ Dieses später im MfS zu trauriger Berühmtheit gekommene Motto war 1946 innerparteilich am besten in den Bereichen Kader- und Personalfragen des Zentralsekretariats aufgehoben und mußte natürlich durch Erkenntnisse des Ressorts Westverbindungen flankiert werden. Beides waren Domänen von Dahlem.²⁴ Auch das auf Weisung des Zentralsekretariats vom 3. März 1947 errichtete PPA-Referat mit dem unverfänglichen Namen „Partei-geschichte und Illegalität“ trug dazu bei, in der SED die Abwehrarbeit der KPD verdeckt fortzusetzen: Hier wurden die vor allem im Dienst der Abwehrarbeit nutzbaren wiederaufgebauten Kaderarchive der KPD um die Neuzugänge in der SED erweitert und deren politische Biographien durchleuchtet.

Tatsächlich nahm man auf raffinierte Weise in der SED den alten KPD-Sekretariatsbeschluß vom Juli 1945 wieder auf, unter Dahlems Regie einen Abwehrapparat zur Beobach-

19 Die Personalpolitische Abteilung wurde am 25. 4. 1946 unter der „gleichberechtigten“ Leitung von Margarete Keilson und Alexander Lösche gebildet.

20 Matern bekleidete die Funktion des Vorsitzenden der ZPKK von 1949, dem Jahr ihrer Konstituierung, bis zu seinem Tod 1971. Geffke war von 1949 bis 1958 Mitglied der ZPKK und ab 1954 stellvertretende Vorsitzende.

21 Laufer war der „SPD-Spezialist“ in der SED. Seit 1927 als SPD-Mitglied im Dienste der KPD mit Abwehrarbeit in der SPD befaßt und 1935 sogar Mitglied der illegalen Berliner SPD-Bezirksleitung, arbeitete er 1946 in der PPA des Zentralsekretariats. Zusammen mit Haid baute er dort das Referat „Abwehr“ auf. Ab 1949 blieb er seinen spezifischen Fähigkeiten gemäß in der ZPKK tätig, zuletzt als Sektorenleiter. Anzumerken wäre noch, daß er ab 1955 als Major der HVA im MfS zuständig war für die Ressorts SPD und DGB; insbesondere führte er das Ehepaar Guillaume.

22 Haid, von Hause aus Jurist und früheres Mitglied der KPD-Auslandsleitung in Paris, sollte sich in der Westarbeit und als Spezialist im Aufspüren linker Abweichler in der SED verdient machen. 1945/46 in der Kaderabteilung des KPD-ZK tätig, wirkte er dann bis 1947 in der PPA und danach bis 1952 in der Westkommission bzw. der Westabteilung beim PV bzw. Zentralkomitee (ZK) der SED.

23 Dahlem, im KPD-Sekretariat für Parteiarbeit und Kaderfragen zuständig, war im Zentralsekretariat der neuen Einheitspartei für Parteiverbindungen verantwortlich.

24 Dahlem blieb später, gemäß der internen Verteilung der Zuständigkeiten, im neu gewählten Politbüro der SED ab Februar 1949 für Kaderfragen und die Westkommission zuständig – für das erstere allerdings nur kurze Zeit.

tung und Beschaffung von Informationsmaterialien zu bilden. Damals sammelten Abwehrleute der alten KPD in legendierten Institutionen²⁵ solches Material, so u. a. Laufer, der nach seiner Rückkehr in die SBZ im KPD-Auftrag in der SPD verblieb. Zusammen mit ihren Akten gingen sie nach der Parteienvereinigung im Frühjahr 1946 in die PPA des SED-Zentralsekretariats. Hier ging die informelle Zusammenarbeit von ehemaligen KPD-Abwehrspezialisten innerhalb und außerhalb der PPA weiter. Laufer (eine nominell sozialdemokratische „Parität“!) arbeitete 1946 unter dem PPA-Hauptreferenten Haid (zuvor KPD) unter Umgehung der Sozialdemokraten mit dem Stahlmann-Apparat (Kurierdienste West) und Ernst Wollweber (Abwicklung illegaler Transporte) zusammen.²⁶

Die Personalpolitische Abteilung im Zentralsekretariat sammelte akribisch Material über die Aktivitäten trotzkistischer und anderer „organisierter feindlicher Oppositionsgruppen“, wie es etwa in einem Bericht vom 9. Januar 1947 heißt. Dort wird für Berlin konstatiert, „daß die Querverbindungen der einzelnen Oppositionsgruppen immer dichter werden.“²⁷ Die Einrichtung eines besonderen Referats für die gezielte Erfassung dieser Aktivitäten war angesichts solcherart Einschätzungen folgerichtig: Am 10. Juni 1947 brachte Gniffke im Zentralsekretariat den Antrag ein, in der Abteilung Personalpolitik eine Unterabteilung „für die Untersuchung aller Versuche der Zersetzung und des Eindringens feindlicher Elemente in die Partei“ zu schaffen. Unter der Leitung von Grotewohl beschloß das Zentralsekretariat die Bildung solcher Referate beim ZS und den Landesvorständen unter Federführung der PPA. So wurde durch den ZS-Beschluß vom Juni 1947 die informelle Abwehrarbeit innerhalb der PPA zu einer systematischen Abwehrarbeit. Wie unauffällig der Start dieses Unternehmens erfolgte, verrät eine erstaunte Anfrage Paul Merkers, der selbst bei der erwähnten ZS-Sitzung zugegen war, an Dahlem: Im April 1948 teilte Dahlem ihm mit, daß in der Abteilung Personalpolitik seit Monaten ein Referat „Abwehr gegnerischer Propaganda“ unter der Leitung von Haid und Laufer arbeite.²⁸ Hier wurde mit zum Teil geheimdienstlichen Methoden Material über oppositionelle Gruppen in der SED – und mittels der Kontakte zur KPD übrigens auch in den anderen Besatzungszonen – gesammelt, welches Verbindungsleute beschafften, die solche Gruppen infiltrierten oder aus ihnen rekrutiert wurden.²⁹ In jener Zeit vor der ersten großen Überprüfung und Säuberung 1949–1951 wurden derartige

25 So etwa in der Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums, welche unter anderem Akten und Dokumente der NS-Repressionsapparate sammelte.

26 Vgl. Michael Kubina, „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...“ Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem zweiten Weltkrieg. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, September 1996, Heft 3, S. 344ff; siehe auch: Deckname Stabil. Stationen aus dem Leben und Wirken des Kommunisten und Tschekisten Paul Laufer, Leipzig 1988.

27 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

28 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/20.

29 Hinsichtlich des „Stahlmann-Apparats“ wurde übrigens später bei der Schaffung einer speziellen Westabteilung gemäß Zentralsekretariatsbeschluß vom 31. 8. 1948 ausdrücklich verfügt, „daß die Abteilung Verkehr unter Leitung des Genossen Stahlmann als selbständige Abteilung erhalten bleibt und nach wie vor dem Genossen Dahlem untersteht.“ Mit dieser Abkopplung trug man dem operativen Charakter der von dieser Abteilung verantworteten Westarbeit Rechnung. Diesbezüglich ist eine Notiz (vermutlich zu Händen Laufers bei der PPA des ZS) vom 26. 4. 1948 aufschlußreich: „Unsere Magdeburger Genossen haben ausserdem Schwierigkeiten mit Genossen aus dem Westen, die mit nummerierten Ausweisen, die für den Gen. Stahlmann gelten, versehen sind [...]“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/22, S. 542f.

Informationen, sofern nicht verwertbar für sofortige Maßnahmen, zur späteren Verwendung angehäuft.

5. Die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SED bis 1948

Inzwischen sind zur Geschichte und zum Umfang der Behinderungen, Disziplinierung und Verfolgung sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre in der SED sowie zur Eliminierung sozialdemokratischer Strömungen in der Einheitspartei eine Vielzahl inhaltsreicher Monographien erschienen.³⁰ Unter den früh einsetzenden Aktivitäten innerhalb der SED auf Landesebene ist ein informatorischer Bericht aus Bautzen an die PPA Sachsen vom 27. August 1946 über Tendenzen zur Fraktionsbildung im Bezirk Lausitz typisch: Zusammen mit einer namentlichen Aufzählung „rechter Elemente“ mit besonderer Kennzeichnung der „Schumacherleute“ unter ihnen³¹ und derer, die Verbindungen ehemaliger SPD-Mitglieder untereinander reorganisieren³², wird über den Stand der Fraktionsarbeit ehemaliger SPDler, deren Leitung und von Kandidaten-Gegenlisten der Rechten in der gegenseitigen Bauernhilfe berichtet³³. Überdies ist von Versuchen die Rede, den sozialdemokratischen Einfluß in den Verwaltungsorganen zu stärken und aus der FDJ eine „Sozialistische Jugend“ zu machen.³⁴

Der solchen Berichten überwiegend anhaftende denunziatorische Gestus überstieg mitunter sogar die Toleranz der darauf angewiesenen Informationssammelstellen von Landesparteiorganen. So kritisierte etwa die Abteilung Presse und Information des Landesvorstands Sachsen eine Mitteilung dieser Abteilung im SED-Kreisvorstand Radebeul vom September 1947, deren Gegenstand die Denunziation zweier Genossen war, „die ganz offen sich mit der Politik Schumachers einverstanden erklärten“ und von ihrem „Radebeuler Informationsmann aus der Org.-Abteilung“ erarbeitet wurde.³⁵ In der Antwort an den Kreis-

30 Vgl. Fußnote 1; siehe auch: Helga Grebing/Christoph Kleßmann/Klaus Schönhoven/Hermann Weber, *Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1950*, Marburg 1992. Der SPD-Parteivorstand hat 1996 in Zusammenarbeit mit den Landesvorständen der Neuen Bundesländer anlässlich des 50. Jahrestags der Zwangsvereinigung von KPD und SPD diese Verfolgungsgeschichte für die Länder der SBZ/DDR länderspezifisch dokumentiert.

31 Dies erfolgt für Löbau, Zittau sowie für Bautzen und die Verbindung dortiger SPDler nach Hoyerswerda.

32 Dies wird für Kamenz konstatiert.

33 Für Hoyerswerda wird die Fraktionsarbeit ehemaliger SPDler als weit gediehen eingeschätzt, während für Görlitz, wo „rechte Elemente“ die Parteipolitik beherrschten, aufgrund des Umstands, daß vor der Vereinigung die SPD zweimal so stark wie die KPD war, solche Fraktionsarbeit als „schwer nachweisbar“ qualifiziert wird.

34 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirksparteiarchiv SED-Bezirksleitung Dresden, Bestandsbezeichnung SED-Landesleitung Sachsen, Abteilung Landespartei kontrollkommission, Bestandssignatur IV/A/2/2, Archivsignatur A/2005, Band 3. Tatsächlich haben viele sozialdemokratische SED-Mitglieder vielfach in Konsumgenossenschaften und im Gewerkschaftsapparat ihr Betätigungsfeld gesucht. Später sollten diese „Konzentrationen“ bereits als „Schumachernester“ beargwöhnt werden. So wurde im April 1948 an die PPA des Zentralsekretariats gemeldet: „[...] Es kam zum Ausdruck, dass in den Altmärkischen Kreisen der Konsum sich wahrscheinlich in den Händen von Schumacherleuten befindet. In Magdeburg gilt das Gleiche von der SVA.“

35 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005, Bd. 3.

vorstand hieß es: „Was denkt sich der Genosse G. mit einer derartigen Formulierung [...] zwei Genossen, die sich ganz offen mit der Politik Schumachers einverstanden erklärten [...]? Glaubt der Genosse G., daß wir die Gestapo sind und gegen die von ihm gemeldeten Genossen Haftbefehl ausstellen? Der Genosse G. dürfte wissen, daß wir eine politische Partei sind und eine politische Berichterstattung wünschen – und ganz besonders in Fällen wie die von ihm erwähnten. Wir wollen wissen, was die beiden erwähnten Genossen gesagt haben, was sie bei dem Genossen G. zu Schumacher-Anhängern stempelt. Unsere Meinung dazu bilden wir uns dann schon selbst. Der Genosse G., der nach allem was ich weiß, kein unerfahrener Genosse ist, dürfte auch wissen, daß zur Beurteilung mehr gehört, als eine kurze Meldung. Vor allem genügt es nicht, nur die Namen zu nennen, sondern zumindest gehört Adresse, Alter, Beruf und Parteialter noch dazu [...]“³⁶

Doch auch die schon vor der Parteivereinigung einsetzenden und danach andauernden Inhaftierungen durch sowjetische Sicherheitsorgane stellten insbesondere die regionalen Parteileitungen vor erhebliche Probleme. Bald mußte sich auch Dahlem in der Zentrale mit der Frage der Schadensbegrenzung befassen. So forderte er bereits im September 1946 die Leiterin der PPA Margarete Keilson und ihren Mitarbeiter Hans Seigewasser³⁷ auf, sich angesichts drohender Kampagnen im Westen über solche Inhaftierungen zu informieren.³⁸ Tatsächlich schienen für die PPA solche Nachforschungen bis 1947 noch in erster Linie durch Veröffentlichungen der Presse in den Westzonen ausgelöst worden zu sein.³⁹

Schließlich mußte sich das SED-Zentralsekretariat lange vor dem Höhepunkt der 1948 beginnenden Säuberungen der SED von ehemaligen Sozialdemokraten wegen „Schumacher-tätigkeit“ oder „Fraktionismus“ immer wieder mit illegalen Flugschriften über von ihr mitzuverantwortende Amtsenthebungen, Verfolgungen und Verhaftungen früherer SPD-Mitglieder in der SED durch sowjetische Organe und seit August 1947 auch durch die nach SMAD-Befehl dazu ermächtigten Kommissariate 5 (K 5) der Volkspolizei befassen. Solches

36 Ebd. Eine ironische Konklusion der Ereignisse führte dazu, daß im gleichen Monat in anonymen Schreiben einer „SPD Chemnitz Mitte“ im Postskriptum die Frage gestellt wurde: „Verbrecher Hitler verfolgte solche Flugblattverteiler mit Gestapo und KZ. Ihr doch auch?“ Infobericht des KV Chemnitz vom 23. 9. 1947, ebd. Daß diese Problematik nicht unbedingt ein Einzelfall darstellt, belegt eine von Haid am 16. Februar 1948 aufgenommene Meldung aus Nordhausen: „Zwischen dem 6. und 8. 2. 48 hat der Nordhausener Kreisvorstand 12 SED-Mitglieder, gegen die Beweise vorgelegen haben sollen, dass sie mit Schumacher in Verbindung stehen, verhaften lassen. Es hat dabei Differenzen zwischen dem Kreisvorstand und der örtlichen Polizei gegeben. Der Kreisvorsitzende hat sich einige Polizisten bestellt und mit ihnen die Verhaftung durchgeführt. Der Kreisvorsitzende ist der Genosse S. Er soll lt. Auskunft des Z. S. in Österreich mit der Gestapo zusammengearbeitet haben.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, S. 328.

37 Seigewasser war schon vor der Parteivereinigung seit Juli 1945 in der KPD-Kaderabteilung mit Recherchen zur Vergangenheit von Parteimitgliedern befaßt.

38 Hausmitteilung Dahlems an Keilson vom 4. 9. 1946; vgl. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/22, S. 365.

39 Bezugnehmend auf die Forderung Gniffkes und Schmidts vom SED-Landesvorstand Thüringen, Namen von angeblich aus Gesinnungsgründen verhafteter SPD-Mitglieder zu nennen, veröffentlichte die SPD-Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie am 1. August 1946 prompt eine solche Namensliste, die in dieser Form auch das Informationsbedürfnis Dahlems befriedigen konnte. (Eine Abschrift dieses Artikels wurde in den PPA-Dokumenten erfaßt; vgl. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/22, S. 366f). Auch die sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung vom 27. September 1947 publizierte eine Liste verhafteter sozialdemokratischer Funktionsträger in der SED und in der Verwaltung. Versehen war diese Liste mit der Anmerkung „Unsere Nachrichtenquellen sind illegal, weil man unsere Gesinnungsfreunde verfolgt. Daraus ergeben sich gelegentliche Mängel.“

Material wurde natürlich auch in Westdeutschland hergestellt und verbreitet. So wertete zum Beispiel das SED-Zentralsekretariat im Februar 1948 ein in Hessen verteiltes SPD-Flugblatt über diese Verfolgungspraktiken mit umfangreichen Angaben über Hunderte verhaftete und abgesetzte ehemalige sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre in der SBZ aus, das ihm vom Zentralbüro der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD übermittelt worden war. Das in den ZPKK-Akten als Abschrift dokumentierte Flugblatt weist auf zwei in der Zeitung „Neues Deutschland“ (ND) vom 12. August 1947 veröffentlichte Briefe von SED-Zentralsekretariatsmitglied Erich Gniffke bezüglich verschwundener früherer SPD-Mitglieder hin, die nach dessen Einlassungen nicht „verschwunden“ seien. Der Titel des Flugblatts paraphrasiert einen weiteren ND-Artikel unter der Überschrift „Tatsachen sind stärker als Lügen“, in dem auf Gniffke Bezug genommen wurde. Die „Entschließung an die SPD-Genossen im Westen“ des Kreisvorstands der SED Leipzig vom 10. August 1947 aufgreifend, in der beteuert wurde, in der Ostzone gäbe es weder Verhaftungen von Sozialdemokraten noch neue Konzentrationslager und politische Meinungen könnten in der Ostzone „in voller Freiheit“ geäußert werden, hieß es in dem Flugblatt: „Zu dieser Erklärung der SED Leipzig stellen wir Sozialdemokraten der Ostzone fest, dass die Behauptungen über Rechtsicherheit und Meinungsfreiheit in der Ostzone im schreienden Gegensatz zur Wirklichkeit stehen.“ Die Empfehlung der Leipziger Kreisvorstands – Entschließung für „freundschaftliche Zusammenarbeit“ und „baldige Vereinigung“ – wurde im Flugblatt mit einer detaillierten Liste verhafteter, ehemals der SPD angehörender Parteifunktionäre, führender Verwaltungsfunktionsträger – besonders in höheren Polizeiämtern – und Hunderter ehemaliger SPD-Mitglieder und junger Sozialdemokraten konfrontiert.⁴⁰ Auszüge aus dem Flugblatt veröffentlichte auch „Der Sozialdemokrat“ vom 28. Oktober 1947 unter dem Titel „Namen in der Ostzone Verhafteter – Wird Erich Gniffke sich jetzt für deren Befreiung einsetzen?“ Prompt reagierte am 29. Oktober „Neues Deutschland“ mit dem Artikel „Vorgetäuschte ‚SPD-Märtyrer‘ – In der Ostzone wird niemand wegen demokratischer Haltung verfolgt.“ Hier hieß es: „Verhaftet wurden und werden in der Ostzone, außer kriminellen Elementen, nur Faschisten, Naziaktivisten und Kriegsverbrecher. [...] Es gibt hierunter Leute, die früher verschiedenen Parteien angehörten, nach 1945 in die SPD oder auch KPD eintraten, mit zur SED kamen und sich unter der Tarnkappe antifaschistischer, demokratischer oder auch sozialistischer Gesinnung als Helfer der Reaktion und der neuen Kriegstreiber betätigen. Es ist dabei bekannt, daß von Hannover aus versucht wird, Leute, die vor 1933 der SPD angehörten, dann Nazianhänger und PG's wurden, heute für illegale antisowjetische Propaganda zu gewinnen. Es ist weiter bekannt, daß sich Angehörige von aktiven Nazis, die sich wegen ihrer Vergehen in Lagern oder Zuchthäusern befinden und die vor 1933 der SPD angehörten, vielfach an die SPD-Leitungen [...] wenden, um nachzuweisen, daß sie [...] zu Unrecht festgesetzt sind. Der Versuch, von Hannover aus auf diese Weise das Vorhandensein einer SPD-Bewegung in der Ostzone vorzutauschen und Märtyrer der angeblich verfolgten SPD zu schaffen, ist um so verwerflicher, als Schumacher es selbst ablehnt, Schritte zur Zulassung der SPD in der Ostzone zu unternehmen. Wenn durch diese unverantwortliche, vom Haß gegen die demokratische Entwicklung in der Ostzone diktierte Haltung heute Personen in der Ostzone schuldig werden, so haben sie sich für die Folgen in erster Linie bei Dr. Schumacher, Franz Neumann und ihrem Kreis zu bedanken. [...] Genosse Gniffke hat in unserer Ausgabe vom 12. August bereits zu einer Reihe solcher Fälle Stellung genommen. [...]

40 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/20.

Wir müssen es [...] als unerhörte Verleumdung zurückweisen, daß uns der ‚Sozialdemokrat‘ unterstellt, wir hätten Kenntnis vom dem Umfang der Verhaftungen oder von dem Aufenthalt von Verhafteten. Der ‚Sozialdemokrat‘ weiß genau, daß dies ausschließlich Angelegenheit der Besatzungsmacht ist. [...]“

Solche ebenso geschickte wie angesichts der Tatsachen wirkungslose Propaganda entspannte die Situation keineswegs. Dies galt um so mehr, als sich seit November 1947 die Agitation der SED immer offener gegen die westdeutsche „Schumacher-SPD“ richtete⁴¹ und sozialdemokratische Positionierungen nun direkt als Komplizenschaft auslegbar wurden. Es ist klar, daß die Meldungen über Verhaftungen in der Ostzone auch aus der Sicht der KPD-Führung Westdeutschlands abträglich für deren Bemühungen um oppositionelle SPD-Mitglieder waren.⁴² Das einzige Mittel sah man in der hektischen Produktion von Gegenkampagnen.⁴³ Die ZPKK-Akten belegen für die Jahre 1947/48 einen regen Informationsaustausch der PPA des ZS mit den Personalpolitischen Abteilungen mehrerer Landesvorstände hinsichtlich im Westen bekanntgewordener Inhaftierungen mit dem Ziel, die Presse der Länder und die KPD mit Material zur Reaktion auf die angelaufenen SPD-Kampagne „Verteidigung der Grundrechte und Menschenrechte“ in der Ostzone auszustatten.⁴⁴ So schrieb ZS-Mitglied Franz Dahlem am 23. April 1948 an die Abteilung Abwehr: „Bitte nochmals um Mitteilung über welche der verhafteten ‚Sozialdemokraten‘ in der Ostzone wir konkrete Unterlagen haben, die man veröffentlichen könnte (siehe die im Westen veröffentlichte Liste.) Kann man nicht schneller über die ZV Auskünfte über solche Namen bekommen?“⁴⁵

-
- 41 Auf die Bedeutung der SED-Parteivorstandstagung vom 12./13. November 1947 geht Andreas Malycha in seinem Beitrag in diesem Band näher ein.
 - 42 In der erwähnten Mitteilung des Zentralbüros vom 9. Februar 1948 an Dahlem und Gniffke wird berichtet, Walter Fisch (KPD) hielt eine Antwort auf solche Flugblätter wegen deren Abträglichkeit für die angestrebte Zusammenarbeit mit SPD-Mitgliedern für notwendig. Fisch habe bedauert, daß das Zentralsekretariat nicht, wie schon früher von ihm angeraten, die immer wieder zitierten „Fälle“ richtigstellt. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/20.
 - 43 In einer auf den 15. Februar datierten handschriftlichen Anmerkung von Dahlem auf der erwähnten Zentralbüro-Mitteilung bittet dieser um Vorschläge zu einer Gegenkampagne. Dazu vermerkte Laufer am 24. Februar: „Man soll eine Gegenkampagne machen, die zum Gegenstand hat Begünstigung von Reaktion, Faschismus und Korruption. Dazu internes Material aus der SP verwenden.“ Natürlich waren die ZS-Ressorts mit Westverbindungen verantwortlich und hilfreich für derartige Informationen. Vermutlich tat sich die Abteilung Verkehr (Stahlmann-Apparat) dabei besonders hervor. Solcherart meist undatierte und unsignierte Dossiers auch mit detaillierten Angaben über Interna aus SPD-Vorständen finden sich ebenfalls im PPA-Bestand der ZPKK-Akten.
 - 44 Solche Briefwechsel sind im ZPKK-Bestand SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/21 und IV 2/4/23, insbesondere S. 312–320 gesammelt. Einbezogen wurden auch die Abteilungen Werbung, Presse, Rundfunk der Landesvorstände. An diese Abteilung des besonders heiklen LV Berlin erging am 26. November 1947 folgendes Schreiben: „Wie Ihr wisst, sind wir bemüht, der Hetze gegen die Ostzone und gegen die SED systematisch durch Tatsachenmaterial entgegenzutreten. Zu diesem Zweck werden alle Hetzmeldungen von uns unverzüglich telefonisch den Redaktionen der SED-Organen der betreffenden Länder übermittelt, die die notwendigen Dementis und Stellungnahmen zu ‚konkreten‘ Lügen oder Verleumdungen einholen. In der Rubrik ‚Aus dem Reich der Lüge‘ des Pressedienstes erfolgt dann die Widerlegung; sofern sich negative Meldungen über die Ostzone usw. bestätigen, wenden wir uns an die entsprechenden Stellen.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4 – 23.
 - 45 Die Antwort an Dahlem vom 26. April hatte folgenden Wortlaut: „Betr. ‚In der Ostzone verhaftete Sozialdemokraten‘. In Ergänzung der Dir übergebenen Auskünfte zu der Liste der – wie die SPD im Westen sie bezeichnet – ‚In der Ostzone verhaftete Sozialdemokraten‘ reichen wir Dir in der Anlage die

Auch die Abwehr beteiligte sich angesichts der äußerst unzureichenden Informationen durch die sowjetische Besatzungsmacht an der Schadensbegrenzung. Ein solcher Versuch der Abstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht ist in Form eines – namentlich nicht gezeichneten – Schreibens an Tjulpanow vom 17. April 1948 überliefert.⁴⁶ Regionale Versuche solcher Abstimmungen führten in den meisten Fällen noch nicht einmal zur Aufklärung der konkreten sowjetischen Vorwürfe gegen Inhaftierte. So bemühte sich Anfang Mai 1948 der 1. Sekretär der SED-KL Magdeburg, Erich Eichholz, vergeblich bei der sowjetischen Kommandantur um Aufklärung hinsichtlich der Verhaftungen von acht ehemaligen SPD-Mitgliedern im Kreis Haldesleben.⁴⁷ Andererseits rangen SED-Abwehr und -Ifo-Dienste auch selbst um die Aufdeckung von Ostbüro-Kontakten und parteifeindlichen Aktivitäten, wie ein weiteres nicht gezeichnetes Schreiben – vermutlich der Abwehr – an Otto Walter vom LV Sachsen-Anhalt vom 26. Mai 1948 belegt⁴⁸

Schließlich sah sich auch Gniffke gegenüber den Amerikanern zu einer Erklärung hinsichtlich der Lage der Sozialdemokraten in der SBZ genötigt. Am 11. Februar 1948 reagierte er bei einem auf amerikanische Initiative zustande gekommenen Treffen, an dem auch Otto Buchwitz in Vertretung des ebenfalls eingeladenen Grotewohl teilnahm, auf den Vorhalt seiner Gesprächspartner Morris und Biel von der Militärregierung, „eine Abdrosselung von Parteien ist in der Ostzone festzustellen, nämlich die Abdrosselung der SPD und die Verhaftung von Sozialdemokraten“: Gniffke erklärte gemäß seines nach dem Treffen angefertigten Berichts, „KPD und SPD haben sich vereinigt und später hat Dr. Schuhmacher,

Auskünfte über die 6 Berliner Fälle ein, die wir erhalten haben. Wir würden vorschlagen, da von der vorhandenen Liste nur noch 2 Fälle – nämlich einer aus Thüringen und einer aus Brandenburg – ausstehen, und die anderen 4 – nämlich die des Polizeimajors Heinrich, Willy Jesse, Pawlowitsch und Geye – bekannt sind, nun dazu überzugehen, das gesamte Material zusammenzustellen und es den Landesleitungen der KPD schnellstens zuzuleiten. Es dürfte für diese nicht uninteressant sein zu erfahren, dass es sich bei den meisten überhaupt nicht um Sozialdemokraten handelt.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/21.

46 Zusammen mit der Übermittlung von „2 Meldungen aus zuverlässigen Händen der KPD“ erhielt Tjulpanow die „Fotokopie eines auswechselbaren Plakats des SPD-Parteivorstands, in dem die Namen der Verhafteten ehemaliger Sozialdemokraten immer wieder ausgewechselt werden. Ich habe eine Rückfrage gemacht, ob es möglich ist, in der Gegenkampagne zu sagen, warum Willi Jesse und Peter Pawlowitsch von der SMA verhaftet wurden. Die Genossen von der KPD verlangen von uns eine Entgegnung auf diese in allen drei Zonen in Durchführung begriffenen Hetzkampagne.“ SAPMO-BArch DY 30 2/4/22, S. 396.

47 Der zuständige NKWD-Major informierte lediglich allgemein über die Existenz von bei Hausdurchsuchungen gefundenes belastendes Material zum Beweis von „Schumacher-Tätigkeit“ und andere Dinge, über die er nicht sprechen könne. Otto Walter, Leiter der PPA des LV Sachsen-Anhalt, wurde in diesem Bericht des SED-Bezirkssekretariats Magdeburg vom 10. 5. 1948 allerdings auch darüber informiert, daß der einige Verhaftete als Schumacheragenten belastende Spitzelbericht des parteieigenen Ifo-Dienstes verspätet im Bezirkssekretariat angekommen sei. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, S. 193–194. Zur Geschichte der Ifo-Dienste vgl. Kubina, In einer solchen Form, S. 355ff.

48 In diesem Schreiben heißt es: „Im Zusammenhang mit den kürzlich erfolgten Verhaftungen von Schuhmacherleuten in Sachsen Anhalt ist einer unserer Genossen in der britischen Besatzungszone gefährdet. Es kann sein, dass er die britische Zone kurzfristig verlassen muss. Wir haben unseren Genossen in Hannover als ein Provisorium mitgeteilt, dem gefährdeten Genossen aufzugeben, falls er in die Ostzone gehen muss, bei dem Gen. Eichholz/Magdeburg oder bei Dir anzulaufen. Wir teilen Dir das hierdurch mit und bitten Dich, dem Genossen gegebenenfalls behilflich zu sein. Unterrichte bitte den Gen. Eichholz. Personalien des Genossen geben wir Dir mündlich.“ Dieses Beispiel zeigt, daß die Abwehr natürlich von Anfang an besser informiert war, als das Sekretariat der Kreisleitung Magdeburg.

trotz der Erklärung des Oberst Tulpanow vor einem Jahr, keinen Antrag auf Zulassung gestellt. Die SED ist die einzige Partei, die in den Westzonen ‚unter Ausnahmerecht‘ gestellt ist. Obwohl Dr. Schuhmacher durch seine längs der Ostzone eingerichteten ‚Sekretariate der Ostzonenländer‘ sehr dilettantisch, aber verbrecherisch leichtsinnig mit Hilfe einer Antisowjethetze eine illegale Arbeit leisten läßt, ist kein Sozialdemokrat seiner Gesinnung wegen verhaftet worden.“⁴⁹

Nicht nur im Westen sorgte die Situation der Sozialdemokraten in der SBZ für Unruhe, sondern vor allem in der SBZ selbst waren Parteimitglieder mit dem Übergang zur offenen Propaganda gegen „Sozialdemokratismus und Schumachertum“ ab Mitte 1948 im höchsten Maße verunsichert. Dies belegt etwa eine von Haid auch Dahlem Anfang November 1948 zur Kenntnisnahme vorgelegte parteiinterne Information anlässlich von Vorgängen im Kreis Luckau: „Den ehemaligen Landrat von Luckau – Karl H. – besuchte am 20. 10. ein Kurier des Ostbüros namens Rüdiger [...] und teilte ihm mit, dass das Ostbüro vom Landeskriminalamt Potsdam die Mitteilung erhalten hat, dass er sowie eine Reihe anderer Mitglieder unserer Partei in Zukunft von K. 5 beobachtet werden. H. und die anderen sollen daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Gen. Karl H. wandte sich mit einem Schreiben [...] an den Kreisvorstand Luckau. [...] Da im Zuge der Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei Holland von der Kreis-Organisation Luckau angegriffen war, waren unsere Genossen der Auffassung, dass Gen. H. das Schreiben an den Kreisvorstand richtete, um sich von Verbindungen zum Ostbüro zu rehabilitieren. Wir machten Gen. Wiesner darauf aufmerksam, dass es einen Kurier des Ostbüros namens Rüdiger gibt und dass der im Schreiben des Gen. H. geschilderte Vorgang unserer Erfahrung nach den Tatsachen entsprechen wird.“⁵⁰

Neben der Problematik des zweifellos vielschichtigen Charakters der SPD-Ostbüro-Tätigkeit sollte keinesfalls die Frage nach dem Umfang und der Konsequenz illegaler Aktionen sozialdemokratisch geprägten Widerstands aus dem Auge verloren werden. Jedoch ist es nur in wenigen Fällen möglich, die Authentizität und Autonomie der wenigen Beispiele solcher Aktivitäten allein anhand des Aktenmaterials einzuschätzen. Unter den von verschiedenen Parteiorganen registrierten und weitergemeldeten Vorgängen zu Schriften und Flugblättern der Jahre 1948 und 1949⁵¹ finden sich neben Pamphleten militant antikommunistischen, faschistischen und nationalistischen Inhalts auch illegale Flugschriften und Rundbriefe antifaschistischer und sozialdemokratischer Tendenz. Ihre Herkunft – ob also in der SBZ oder in den Westzonen hergestellt – war nur in wenigen Fällen nachweisbar. Das Landeskriminalamt Brandenburg wußte zum Beispiel von der Vorbereitung zweier Flugblattaktionen größeren Ausmaßes aus SPD-Kreisen im Juli 1948 in Brandenburg/Havel zu berichten.

49 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/379, S. 255f. Von amerikanischer Seite wurde in diesem Gespräch übrigens noch zusätzlich ausgeführt: „Die amerikanische Militärregierung erlaubt die Vereinigung von SPD und KPD, wenn die Parteileitungen zustimmen und erlaubt auch die Kongressbewegung [gemeint ist die im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz 1947 von der SED initiierte und in Westdeutschland verbotene Volkskongreßbewegung], wenn nicht nur die KPD, sondern auch die anderen Parteien im Westen mitmachen.“ Ebd., S. 257f.

50 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/22, S. 92f. Haid versah seine Mitteilung mit der Anmerkung: „Die Taktik scheint augenblicklich zu sein, um jeden Preis Leute zur Flucht zu bewegen. Wahrscheinlich will man so den Beweis für Terror etc. in der Ostzone zu bringen. Sollten wir nicht beginnen, das Fazit zu ziehen und eine Gegenkampagne zu entwickeln?“

51 Die folgenden Beispiele sind den unter dem Titel „Hetzschriften“ gesammelten Unterlagen im Bestand SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/20, S. 437–506 entnommen.

Aus Sachsen/Anhalt wurde ein Exemplar einer „Zeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ namens „Freie Presse“, Ortsgruppe Weißenfels, Nr. 13, Juli 1948, beige-steuert, die für ein monatliches Erscheinen avisiert war. Als Einzelfall ist ein „Offener Brief“, dem Leipziger Empfänger am 9. November 1948 zugegangen, insoweit interessant, als er ein sozialdemokratisches Bekenntnis mit für die SPD durchaus untypischen Positionen verknüpft. Er begann mit den Sätzen: „Ein Gespenst geht um in der Ostzone – das Gespenst der illegalen SPD. [...] Es ist hohe Zeit, dass die illegale SPD ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke und Ziele vor allen Menschen offen darlegt. Ein Teil dieser Manifestation unseres Willens ist dieser Brief.“ Nach einem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats mit dem Ziel der Abschaffung der Klassen, für die völlige politische Freiheit der Arbeiterschaft und für das Ende der Unterdrückung in der Ostzone hieß es: „Der Bolschewismus [...] hat das Ziel von Marx und Engels zur Hure russischer Welteroberungspläne gemacht [...] Die SOZIAL-DEMOKRATISCHE PARTEI ist heute die Avantgarde des Sozialismus.“ Anknüpfend an einen positiven Verweis auf Stalins „Grundlagen des Leninismus“ von 1924 findet sich folgende Einschätzung: „Aber die Macht der Bourgeoisie stürzen [...] heißt noch nicht, den vollen Sieg des Sozialismus zu sichern. [...] Zum endgültigen Sieg des Sozialismus [...] genügen nicht die Anstrengungen eines Landes, zumal eines Bauernlandes wie Russland, dazu sind die Anstrengungen der Proletarier mehrerer fortgeschrittener Länder notwendig.“ Der mit „Ihre wirklichen Genossen“ unterzeichnete Text wurde in Leipzig anlässlich des 31. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution herausgegeben.

Als weiteres Beispiel für sozialdemokratisch geprägte illegale Aktionen mag eine Mitteilung der PPA des LV Sachsen, Abteilung Untersuchung, vom 12. Januar 1949 an Haid und die PPA des SED-ZS über ein 1949 wieder aufgelegtes Flugblatt „Ein Jahr SED. Ein Jahr der Enttäuschungen für Sozialisten.“ dienen. In diesem ursprünglich anlässlich des einjährigen Bestehens der SED verbreiteten Text hieß es unter anderem: „In der KPD, in der ihrem Aufbau entsprechend der Befehl und die jeweilige ‚Linie‘ des Zentralkomitees mehr gilt als die Meinung und das Urteil der Mitgliedschaft, war man sich darüber klar, dass die Ablage des Namens nichts an dem Charakter der Partei ändern dürfe. Die SED ist so von vornherein nur als Fortsetzung der KPD gedacht gewesen.“

Im Februar 1948 wurde das Zentralsekretariat auch über „Schumachertätigkeit und linke Gruppen innerhalb des FDGB“ im Erzgebirge, in Cottbus und in Potsdam informiert.⁵² In allen Ländern wurde fieberhaft nach illegalen sozialdemokratischen Zusammenschlüssen gesucht.⁵³ Obwohl im oben erwähnten Flugblatt vom 9. November 1948 sogar die Existenz

52 Ebd.

53 Zum Beispiel hieß es in einem Bericht des Dresdner Landesvorstands vom 25. Mai 1948: „Gen. Reiss überbrachte den Bericht des Gen. Boeme betr. der Neugründung der S.A.P. In der Identifizierung der Gruppe ‚Rote Kämpfer‘ ist Dresden nicht weitergekommen. Es sind genaue Personenbeschreibungen erforderlich. In Leipzig ist in der letzten Zeit ISK-Material verteilt worden [...] Bezüglich der Bearbeitung der Roten Falken ist kein Fortschritt zu verzeichnen [...] In Dresden gab es am 1. Mai eine Gegenaktion von Seiten der Schumacherleute. Am 30. 5. soll eine illegale SPD-Konferenz stattfinden.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/20, S. 360. Auch im Juni 1948 konnte Dresden lediglich Kontakte zweier „SPD-Gruppen“ (eine davon in Dresden-Neustadt) und von Jugendlichen aus Partei und FDJ im Stadtteil II zu den Berliner Falken weitermelden. Im Kreis Glauchau konnte zwar eine „allgemeine Hetze der Rechten gegen die SMA“ und „führende Genossen in der Verwaltung“ ermittelt werden, jedoch keine Angriffe auf führende Genossen in der Partei. In Chemnitz mußte man sich lediglich mit der Annahme von Schumacher-Sympathien aufgrund anonymer Flugschriften begnügen. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A 2005, Bd. 3.

einer geheimen SPD in der Ostzone beschworen wurde,⁵⁴ kann aber angenommen werden, daß es über Einzelaktionen und Funktionärsproteste hinaus kaum organisierte Gegenwehr ostdeutscher Sozialdemokraten innerhalb der SED gegeben hat – schon gar nicht im Maßstab der dann gegen sie angewandten Repressionen. Die parteiinternen Einschätzungen des Falles „Volkshauskreis“ Leipzig⁵⁵ sind ein Beispiel für die Bewertung der sozialdemokratischen Dissidenten in der SED. So wandte sich die Berliner Zentrale am 6. Juli 1948 nach Dresden an die PPA des sächsischen LV: „Wir bitten Euch [...], dem Volkshauskreis alle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von ihm ist bekannt, dass er es als seine Aufgabe betrachtet, Personalpolitik zu machen. Das ist mit der Entwicklung unserer Partei unvereinbar.“ In dem gleichen Schreiben wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, einen Informanten „trotz seiner KPD-Vergangenheit“ in den Volkshauskreis einzuschleusen. „Ausserdem machen wir Euch auf folgende Politik, die von Teilen des FDGB/Leipzig gemacht wird, aufmerksam: Das graphische Institut nach Leipzig zu holen und es in die Hände von Mitgliedern, die auf dem Boden des Volkshauses stehen, zu geben. [...] Für uns ist folgende Frage von Interesse: Welche Mitglieder unserer Partei stehen hinter dieser Politik? Wer ist ihr zentraler Wortführer und gibt es uns interessierende Zusammenhänge?“ Eine Abschrift dieses Briefes ging auch nach Leipzig an den Vorsitzenden des SED-Bezirks Westsachsen, Ernst Lohagen, versehen mit der Ergänzung, daß „die Angelegenheit Volkshauskreis intern zu behandeln“ sei.⁵⁶ Am 20. Juli 1948 meldete dann das Referat Untersuchung der PPA des LV Sachsen an Haid im Berliner ZV, daß der erwähnte Informant „zukünftig alle Einladungen wahrnehmen [wird], um festzustellen, wer die einzelnen Teilnehmer dieser Zusammenkünfte sind. Er hatte den Eindruck bei der Besichtigung des Volkshauses, als ob es sich um einen alten Veteranenverein handelt, der in seiner Gesamtheit keine grössere Beachtung verdient, bis auf einige wenige, die aber eine sehr schlaue Politik betreiben.“⁵⁷ Und schließlich hieß es am 29. September 1948 in einem Bericht aus Leipzig: „Gen. Ullmann glaubt feststellen zu können, dass die rechten Elemente in der Partei, speziell die, die mit dem Volkshauskreis in

54 Ein ähnliches Indiz meldete noch einmal die PPA aus Weimar am 31. 1. 49 an die PPA des ZS in Form des Auftauchens von Flugblättern der „illegalen Sozialdemokraten in der Ostzone“ am 26. 12. 1948. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4 – 23, S. 246f. Als Abschrift in den Akten der PPA im zentralen Parteiarchiv ist folgendes Flugblatt nachweisbar: „Berlin Anfang April 1948: An alle alten Sozialdemokraten in der Ostzone! Die Befreiung vom kommunistischen Joch rückt immer näher. Versorgt Euch schon jetzt mit weißen Armbinden; diese werden im Ernstfall nach Aufruf abgestempelt. Sie gelten als Ausweise für die Befreiungsgruppen. Sie sind als Versorgungsmann für Ihre Stadt bestimmt. Stellen Sie sofort eine Befreiungskolonne von 60 alten Sozialdemokraten in einer Liste auf. Eine Durchschrift der Liste ist nach Aufruf an einer bestimmten Stelle abzugeben. Diese Durchschrift muss die im obigen Schreiben bezeichnete Nummer tragen. Die Befreiungskolonne wird in 10 Befreiungsgruppen a 6 Mann als Straßengruppe eingeteilt. Die Straßengruppen übernehmen nach Aufruf die Überwachung der Ruhe und Ordnung in der Stadt. Plakate ‚Die Freiheit ruft!‘ ‚Haltet Ruhe und Ordnung, bleibt bei der Arbeit!‘ gehen nach Aufruf den Vertrauensmännern zu. Sie sind dann sofort zu verteilen und von den Straßengruppen als Transparente zu tragen. Werbt unermüdlich für die alte Sozialdemokratie! Der Aufruf wird in viertelstündigen Meldungen durch den Berliner Sender bekanntgegeben. Dann heißt es handeln! Die Berliner Reichs-SPD.“ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005, Bd. 3.

55 Dieser Kreis von etwa 80 ehemaligen Sozialdemokraten, die sich für den Wiederaufbau des zerstörten Leipziger „Volkshauses“ engagierten, wurde Mitte 1948 mit dem Ausschuß von 13 Mitgliedern aus der SED gesprengt. Vgl. Grebing/Kleßmann/Schönhoven/Weber, Situation der Sozialdemokratie, S. 43f.

56 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/23, S. 20.

57 Ebd., S. 15f.

Zusammenhang gebracht werden, bestrebt sind, in Wirtschaftsfunktionen, namentlich in volkseigene Betriebe unterzukommen.“⁵⁸ Obwohl dann Erich Schilling als führender Exponent des aufgelösten Volkshauskreises im November 1948 verhaftet und aus der SED wegen des Vorwurfs fraktioneller Arbeit ausgeschlossen wurde, ging man parteiintern kaum davon aus, es mit organisierter politischer Widerstandsarbeit zu tun zu haben.

Wie bedeutsam trotzdem Ende 1948 das Zusammenwirken von parteiinterner Abwehrtätigkeit und K 5-Arbeit eingestuft wurde, belegt ein Lagebericht der PPA aus Dresden vom 26. November 1948 bezüglich aktueller Erhebungen zur „Schumachertätigkeit“. Neben den eher geringfügigen Resultaten über tatsächlich nachweisbare Aktivitäten von Schumacher-Anhängern wurde für jeden Kreis die Zusammenarbeit mit der K 5 eingeschätzt. Gerade Klagen über noch unzureichende Verbindungen sprechen hier eine deutliche Sprache über den Grad des Aufgebens bisheriger Rücksichtnahmen auf ehemalige Sozialdemokraten in der SED. Für den Kreis Freiberg hieß es: „Die K 5 ist sehr schwach. Sie macht ihre Arbeit ohne die Partei. Die Vorschläge für die Besetzung von K 5 sind seinerzeit auch ohne Befragen der Partei gemacht worden und eingesetzt worden.“⁵⁹ Unbeeindruckt vom spärlichen Ertrag des Forschens nach echten Agentennestern ging die Suche weiter, wie ein typischer Bericht aus Sachsen vom Februar 1949 an die Berliner Zentrale zeigt: Im Kreis Bautzen wäre im vergangenen Jahr der Kopf der Schumachergruppe zerschlagen worden, doch gäbe es nach wie vor Schumachertätigkeit. In Reichenbach und Crimmitschau (wo in letztem Ort Agitationsmaterial verteilt wurde) sei es noch nicht gelungen, an das Zentrum der Schumacher-Agentur heranzukommen. In den Kreisen Borna und Grimma gäbe es ein Wiederaufleben der Schumachertätigkeit.⁶⁰

Es erhebt sich natürlich die Frage, was sich denn substantiell hinter den immer wieder erhobenen Vorwürfen von „Schumachertätigkeit“ und „sozialdemokratischer Fraktionsarbeit“ wirklich verbarg. Jenseits kaum nachweisbarer konspirativer oder sonstiger organisierter politischer sozialdemokratischer Selbstorganisation innerhalb der SED wurde die von Sozialdemokraten schon während der Nazizeit erprobte Gruppensolidarität auch in der Einheitspartei und darüber hinaus⁶¹ praktiziert. Ihre Denunziation als „Fraktionsarbeit“ war folgerichtig, weil es in der SED keine anderen Loyalitäten als die zu der jeweiligen Parteiführung geben durfte. Mitglieder sozialdemokratischer Gruppenzusammenhänge innerhalb von SED-Grundorganisationen versuchten in der Regel, jedem Anschein von fraktioneller oder gar oppositioneller Betätigung entgegenzuwirken. Dieses Verhalten war nicht allein taktisches Kalkül. Der Verzicht auf solche Methoden entsprach auch dem gleichfalls in der Nazizeit dominierenden politischen Selbstverständnis der meisten – jedoch keineswegs aller – Sozialdemokraten. Jenseits dieser Tatsachen, aber durchaus im Einklang mit dem zunächst verdeckten und dann seit 1948 immer offeneren SED-Kurs gegen sozialdemokratische „Überreste“ in der Partei, wurden demonstrative Abstrafungen von ehemals sozialdemokratischen Partei- und Staatsfunktionären durch sowjetische und deutsche Organe genutzt, die innerparteiliche Stalinisierung und öffentlichkeitswirksame Verurteilung des „Sozialdemokratismus“ mit Blick auf die westdeutsche „Schumacher-SPD“ zu vermitteln. Die innerparteiliche Eskalationslinie dieser Kampagnen begann mit der politischen Verurteilung von Abweichungen, führte über die Entlarvung parteifeindlicher Verschwörungen und endete

58 Ebd., S. 22.

59 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005, Bd. 3.

60 Ebd.

61 Vgl. Fußnote 34.

mit der Anklage und juristischen Ahndung von Spionage-, Sabotage- oder Agententätigkeit. In diesem Zusammenhang stehen die frühe Verhaftung und spätere Deportation des PV-Mitglieds Willi Jesse durch sowjetische Sicherheitsorgane im Juli 1946, sowie die Verhaftung und Verurteilung der sächsischen SED-Landessekretariatsmitglieder Arno Haufe und Arno Wend und anderer im Sommer 1948 durch die Sowjets. Im September 1948 erfolgte die Verhaftung des Ministerialdirektors der Landesregierung Sachsen-Anhalts Fritz Drescher und anderer. Im Oktober 1948 wurde das sächsische SED-Landessekretariatsmitglied Stanislaw Trabalski verhaftet. 1950 kam es zur Verurteilung des PV-Mitglieds Max Frank wegen Spionage, des weiteren fand der Schauprozeß gegen den ehemaligen Ministerialdirektor für Wirtschaft und Verkehr Sachsen-Anhalts, Willi Brundert, und andere (April 1950) statt⁶².

Es liegt auf der Hand, daß viele Sozialdemokraten Kontakte zur SPD-West suchten, weshalb dann die SED-Organen jede Form von „Sozialdemokratismus“ in der Regel als vom Ostbüro der SPD gesteuert bewerteten. Die Tatsache, daß natürlich auch das SPD-Ostbüro propagandistisch in die SBZ hineinwirkte⁶³, erlaubte es der Parteiführung, solche Kontakte schließlich als Ausdruck gezielter Diversion einzuschätzen. Insofern ist es auch folgerichtig, daß bereits 1948 und auch schon früher die Informationsbeschaffung für das Ostbüro in den Kontext von Spionagetätigkeit gerückt wurde. So wurde zum Beispiel Haid am 25. Mai 1948 aus Weimar über „Verhaftungen von ehemaligen SED-Mitgliedern, die vom Oktober 1947 bis jetzt durch besondere Stellen auf Anordnung der sowjetischen Staatsanwaltschaft vorgenommen wurden“ folgendermaßen informiert: „Bei Verbindungen, soweit sie Gruppen angehörten, arbeiteten sie neben den Aufträgen, die sie sowohl von der englischen als auch amerikanischen Geheimpolizei erhalten haben, im Auftrage der Schumacherpartei des Westens, um die SED zu zersetzen.“ Untersetzt war diese Meldung mit Informationen zur 11köpfigen in Weimar, Erfurt und Jena operierenden „Schumacher-Gruppe Lucas Crnach“⁶⁴, die im März 1948 verhaftet wurde. Sie soll, so wurde im Bericht behauptet, in englischem und amerikanischem Auftrag und gesteuert von „der Zentraleitung der Schumacher-Partei von Hannover“ unter anderem die politischen Parteien bespitzelt und ihre Verbindungen zur SMA, die Bevölkerungsmeinung zum Marshall-Plan, die ökonomische Lage

62 Im Entwurf des Berichts der ZPKK vom 9. Mai 1950 zum bevorstehenden 3. Parteitag hieß es: „Genau so wie in den volksdemokratischen Ländern hatten es die feindlichen Agenten verstanden, sich in führende Positionen in die Partei einzuschleichen, um von dort aus ihre Agententätigkeit auszuüben. Ein Beispiel dafür ist der hinter uns liegende Prozeß gegen die Heerwegen-Brundert-Clique in Sachsen-Anhalt. Wie der Prozeß aufzeigte, ging es dieser Clique darum, den alten reaktionären Kräften, den Monopolkapitalisten, zu ermöglichen, ihr verbrecherisches Spiel von früher von vorn zu beginnen. Diese Clique setzte sich über den Befehl 124 des Obersten Chefs der SMA vom 30. 10. 45 hinweg. Das frühere Mitglied der Partei, Brundert, aber war der gedungene und ausgebildete Agent des englischen und somit des amerikanischen Imperialismus.“

63 Typisch dafür sind Meldungen an das SED-Zentralsekretariat wie die über das Auffinden von 45 kg Druckschriften der SPD in 3 Waggons eines Leerzugs von Wustermark über Tempelhof, Merseburg nach Mücheln (Grube Cäcilie). Es handelte sich um die Broschüre „Ihr Schicksal in der SU (Deutsche Kommunisten als Opfer des NKWD)“, gedruckt im Druckhaus Tempelhof, den „Telegraf“ im Kleinformat-Sonderdruck und um das Kleinformat der Berliner Ausgabe „Die Neue Zeitung“ vom 12. 10. 1948. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/22, S. 380.

64 Die Erfurter Gruppe hieß dem Bericht zufolge „Plakat“.

in Thüringen sowie die Meinung der Bevölkerung zu den Demontagen und die Gründe vorgenommener Verhaftungen aufgeklärt haben.⁶⁵

6. Linke Widerstandspraxis und die Verfolgung dissidenter Kommunisten

Die Entstehung innerparteilicher Abwehrgane und ihre Verflechtung innerhalb des Apparats ist ein besonderes Kapitel der SED-Organisationsgeschichte.⁶⁶ Was nun den Ertrag jener Abwehrtätigkeit und die operative Arbeit solcher Organe in Richtung der linksoppositionellen Strömungen in der SED und an ihrem Rande erbracht und bewirkt hat, kann hier nur an wenigen Beispielen streiflichtartig skizziert werden.

Schon innerhalb oder im Umkreis der 1945 neu formierten KPD gab es aus der Sicht der stalinistischen Parteiführung genug „verdächtige Subjekte“, die mit in die Einheitspartei schlüpfen oder der SED ab 1946 beitraten. Eine wichtige Rolle spielten jene Linken, die vor 1945 in eigenen Organisationen der KPD und SPD kritisch, ablehnend oder feindlich gegenüberstanden und den faschistischen Terror oder sowjetische Säuberungen überlebt hatten. Es ist nachweisbar, daß viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, SAP, Leninbund, KAP, AAU)⁶⁷ sowohl in die KPD gingen als auch zu beträchtlichen Teilen – und aus ganz anderen Gründen als die KPD-Führung – die Vereinigung mit der SPD befürworteten. Reorganisationsversuche der „Roten Kämpfer“ innerhalb der SED soll es in Sachsen/Anhalt und Dresden gegeben haben.⁶⁸ Andererseits sind nicht alle kommunistischen Gegner der Parteienfusion der SED ferngeblieben, sondern entfalteten innerhalb der SED klassisch-sektiererische antisozialdemokratische Aktivitäten ohne jedes Verständnis

65 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/23, S. 309–311.

66 Ausführlich beschrieben findet man diese Verflechtung bei Kubina, In einer solchen Form, S. 340ff.

67 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der „Rechtsopposition“ gebildet und von den KPD-Gründungsmitgliedern August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) wurde als Abspaltung von der SPD nach deren Leipziger Parteitag im Oktober 1931 gegründet. Sie trat für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ein und war relativ gut auf die Illegalität während der Nazi-Zeit vorbereitet. Der Leninbund vereinigte ab 1928 Reste der in den Vorjahren aus der KPD gedrängten Linksopposition um die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer. Nach dem Ausscheiden von Fischer vertrat der Leninbund zunächst stark an Trotzki angelehnte Positionen. Teile des Leninbunds näherten sich 1929/30 an die KPD(O) an. Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) ist das Resultat der KPD-Spaltung im Oktober 1919. Viele Linksradikale verließen die KPD und gründeten im April 1920 die KAPD. Die rätekommunistische KAPD und die ihr nahestehende unionistische Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAUD) verloren rasch an Bedeutung.

68 Die „Roten Kämpfer“ waren eine revolutionäre Gruppe, die 1929/30 aus persönlichen und politischen Verbindungen ehemaliger, dann in der SPD organisierter KAP-Mitglieder um Karl Schröder entstand. Die Gruppe wurde von der Berliner Gründungsgruppe der KAP geprägt und stellte sich früh auf die Bedingungen des illegalen Kampfes ein. Erst ab November 1936 wurde ihre Organisation von der Gestapo aufgelöst. Nach späteren Recherchen der Zentralen Parteikontrollkommission (Bericht vom 7. April 1955) sollen nach 1945 in Dresden, deren RK-Gruppe 30 Mann stark gewesen sein soll, sich die Mitglieder gegenseitig in Funktionen (zum Beispiel in der VP) gebracht haben. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

für die kluge Taktik der moskauorientierten Parteiführungsgruppe zur Neutralisierung der Sozialdemokraten.⁶⁹ Für wirklich gefährlich wurde aber offenbar die erste Gruppe von linken Abweichlern gehalten, wie bereits die Einlassungen Materns gegenüber Panjuschkina vom September 1946 zeigten.

Und schließlich lassen sich auch schon sehr früh Beispiele von innerparteilichem Widerspruch finden, der ohne frühere dissidentische organisatorische Rückbindung ihrer Akteure direkt auf die sich entwickelnden Verhältnisse in der SED reagierte. So verfaßte Fritz Wolff⁷⁰ an der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität anläßlich des 2. Parteitags der SED im September 1947 den Entwurf einer Resolution, die zugunsten der „baldigen Schaffung einer realen Demokratie in der Partei“ die „Öffnung der Presse für eine allseitige innerparteiliche Diskussion“ verlangte. Weitere Forderungen betrafen die „freie nicht vorher bestimmte Diskussion auf Parteitag, Delegiertenkonferenzen usw.“, die „Aufgabe aller sonstigen mit dem Wesen einer echten Demokratie unvereinbaren Praktiken“ und die „Anerkennung des Prinzips, daß auch die bitterste Wahrheit besser ist als notwendig kurzlebige Lügen.“ Es hieß: „Die Gruppen der SED maßen sich Rechte an, die zu Vergleichen mit der NSDAP herausfordern und die das Bestreben der Bevölkerung, nach 12 Jahren endlich frei zu sein, mißachteten.“ Die Resolution schließt mit der Forderung nach „vollste(r) Offenheit unserer Genossen bei der Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Zone.“⁷¹

Eine recht bizarre Episode stellt die sich von 1947 bis 1952 hinziehende Bearbeitung von Anhängern der anarchistischen „Freien Arbeiterunion Deutschlands“ (FAUD) in der SED dar.⁷² Die Abteilung Untersuchung der PPA Sachsen meldete bereits 1948 an Haid in der Berliner Zentrale, daß namentlich bekannte ehemalige FAUD-Aktivisten aus Sachsen, Berlin und Thüringen seit 1947 ihre Verbindungen reaktivierten. Die SMAD übernahm den Fall Ende 1948, gab ihn aber wieder an die SED zurück. Nachdem 1949 der Dresdner V-Mann der PPA in der FAUD abgehängt wurde, informierte Anfang 1950 der sächsische Landesvorstand Laufer von der ZPKK darüber, daß die Sache der Polizei übergeben worden war. Die Untersuchungsrichtung – Agententätigkeit – veranlaßte die Polizei zu der Empfehlung an die Parteigremien, mit der Entfernung der Delinquenten aus der SED noch zu warten, um die Ermittlungen nicht durch dann erfolgende Verdunklungshandlungen derart Vorgewarnter zu stören. Selbst als die LPKK Sachsen ab 1951 dann mit dem inzwischen installierten MfS korrespondierte, da sie die FAUDler immer noch nicht loswerden konnte, fruchtete

69 So gab es in Hohenschönhausen ein „Zentrum sektiererischer Tendenzen“: Hier wurde das Vermögen der ehemaligen KPD in einer zweiten Kasse geführt, „damit es den SPDlern nicht in die Hände fiel“. Der verantwortliche SED-Stadtbezirkssekretär wurde deshalb im Januar 1949 aus der SED ausgeschlossen. (Dieser Sachverhalt wurde später von Max Sens, 1949 Vorsitzender der Landesparteikontrollkommission Berlin, am 14. Dezember aktenkundig gemacht.) SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384.

70 Bei dem in den Parteiakten sogenannten „Fritz Wolff“ handelt es sich um Friedrich Wolff, späterer Vorsitzender des Rats der Kollegien der Rechtsanwälte, der 1946–1949 ein Studium der Rechtswissenschaften an der HU Berlin absolvierte.

71 Im Oktober 1947 hielt Wolff vor der eingesetzten Untersuchungskommission zur Feststellung des verunglimpfenden und parteischädigenden Charakters der Resolution seinen Entwurf in seiner Gesamtheit aufrecht. Wolfgang Heise und Heinz Klein stellten sich als Kommissionsmitglieder schützend vor Wolff. Im September 1950 wurde die Sache nochmals von der Zentralen Parteikontrollkommission im Zusammenhang mit den Recherchen zur angeblichen Tätigkeit einer 1948/49 aktiven parteifeindlichen „Möller-Gruppe“ an der SED-Betriebsgruppe der juristischen Fakultät untersucht. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4 – 383.

72 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

dies nichts. Noch im Jahr 1952 finden sich vergebliche Anfragen der ZPKK an die BPKK Dresden, wie denn nun die Angelegenheit beendet wurde. Und dieses Ende ist in den ZPKK-Akten nicht dokumentiert.

a) KPO in der SED

Unabhängig von der Betonung der Gefährlichkeit linksoppositioneller Kräfte in der SED schien deren Führung allerdings die früher von der KPD zur KPO gewechselten Kommunisten – die traditionellen „Rechtsabweichler“ – besonders ernst zu nehmen. Bekannt war, daß die KPO früher vor allem in Sachsen und Thüringen starken Zulauf hatte. Tatsächlich haben ehemalige KPÖler in beträchtlichem Umfang nach 1945 in allen Besatzungszonen wieder den Kontakt miteinander hergestellt und die politische Lage sowie die organisatorische Zukunft der oppositionellen Kommunisten diskutiert. In Berlin trafen sich bereits im Mai 1945 ehemalige KPO-Mitglieder und verständigten sich über ihre weitere politische Arbeit. Hier sammelte sich ein Teil einer Gruppe von ehemals 20 bis 25 KPO-Aktivisten um Heinrich Krause und Käthe Draeger. Diese Gruppe hatte in der Nazizeit erfolgreich gearbeitet und war nicht zerschlagen worden. Sie hatte Verbindung zu Jakob Walcher und Hermann Duncker⁷³ sowie nach Cuba zu Heinrich Brandler und August Thalheimer. Diese Gruppe, zu der nach 1945 auch neue Leute stießen, diskutierte über die Reorganisation der KPO, ihre Überführung als geschlossene Organisation in die KPD oder den Beitritt zur KPD. Ein Treffen ehemaliger KPO-Mitglieder in Berlin fand schon einen Tag nach der Betätigungserlaubnis demokratischer Parteien statt. Nach dem Beitritt zur KPD arbeitete die Gruppe als eigene Plattform weiter. 1946/1947 kam es zu weiteren Begegnungen der ehemaligen KPO-Mitglieder, an denen unter anderem auch Walcher und Duncker teilnahmen. Walcher und – im Sommer 1947 bei zwei Treffen – Duncker sprachen sich gegen KPO-Plattformarbeit aus.⁷⁴ Dies schien jedoch für Draeger und Krause nicht zu gelten.⁷⁵

73 Walcher, ein Mitbegründer der KPD und als Zentralemitglied verantwortlich für Gewerkschaftsfragen, war nach seinem KPD-Ausschluß 1928 Gründungsmitglied der KPO und Mitglied ihrer Reichsleitung bis zu seinem Übertritt in die SAPD im Jahre 1932. Er kehrte 1946 aus den USA nach Deutschland zurück. Duncker, ebenfalls Mitbegründer der KPD und später Leiter der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH), war 1933 vom NS-Regime inhaftiert und kehrte 1947 aus seinem letzten – US-amerikanischen – Exil nach Deutschland zurück.

74 Die hier wiedergegebenen Informationen sind einem von der ZPKK Leipzig am 19. Oktober 1950 erstellten „Protokoll über die Angelegenheit des Genossen Hans-Georg Meyer“ zu entnehmen. Die ablehnende Haltung Walchers („Fraktion ist verbrecherisch“) wird auch durch die Angaben von Fritz Paul, einem Teilnehmer der Treffen, bestätigt. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384. Eine weitere diese Angelegenheit betreffende Notiz in den ZPKK-Akten ist auf den 14. November 1950 datiert. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385. Die systematische Rekonstruktion der hier beschriebenen Nachkriegs-KPO-Kontakte wurde erst nach Beginn des Säuberungsschubs der Parteikontrollorgane ab Sommer 1950 systematisch betrieben. Für Berlin sind sie im „Vorläufige[n] Bericht über die KPO Berlin vom 11. 8. 1951, verfaßt von Paul Laufer, ZPKK“ zusammengefaßt. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4 – 385.

75 Protokoll über die Angelegenheit des Genossen Hans-Georg Meyer, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384. Hier wird Draeger als zur „übergeordneten Leitung“ gehörig und Waldemar Bolze als westdeutscher Koordinator der Gruppe bezeichnet.

Noch ohne genaue Kenntnis dieser Verhältnisse wurden im Januar 1947, als „eine systematische Beobachtung der feindlichen Gruppen in der Partei [...] noch nicht (existierte)“⁷⁶, laut einem „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, der Ostzone und den Westzonen“ vom 28. Januar 1948, in fast allen Berliner Stadtbezirken reorganisierte Gruppen der KPO sowie Gründungen von Spartakus, der KAP und Zusammenschlüsse trotzkistischer Tendenz, zum Teil mit Beteiligung oder unter der Führung von SED-Mitgliedern ausgemacht.⁷⁷ Die Parteiakten dokumentieren schon sehr früh Maßnahmen gegen solche Mitglieder, so gegen die 1947 aus verantwortlicher Position in der Volksbildung entfernte Käthe Draeger, KPO-Aktivistin in der illegalen Arbeit nach 1933⁷⁸. Heinz Krause, in Berlin aufgefallen als Verteiler von KPO-Material, durch seine kritische Haltung zur SED-Politik und gegenüber Stalin, trat schon Mitte 1945 für die Aufrechterhaltung einer KPO-Fraktionstätigkeit in der SED ein.⁷⁹

Ein Bericht über „Die Tätigkeit der KPO in Thüringen“ vom 30. September 1946 meldete die als Kurierfahrten bezeichneten Besuche von Theodor Bergmann⁸⁰ bei überlebenden KPO-Genossen in Weimar, Gera und Jena, denen er auch Brandlers und Thalheimers Aufsatz „Neun Fragen“ vom Dezember 1945 übergab. Anlaß zu der Recherche der Thüringer PPA bot offenbar Bergmanns Besuch im September 1946 in Halle, den der Landesvorsitzende Werner Eggerath nach Berlin meldete. Der Informant Eggeraths bot die Beihilfe zur Verhaftung Bergmanns im Falle eines weiteren Besuchs an.⁸¹ Die Informationen über Bergmanns Kontaktaufnahmen verstärkten die bereits geweckte Aufmerksamkeit der Personalpolitischen Abteilungen hinsichtlich Infiltrationen der SED „von außen“. Bergmann wurde von der in dieser Sache kontaktierten Hamburger KPD als im Schweizer Exil „offen gegen die Partei“ und die Sowjetunion auftretender Agitator eingeschätzt.⁸² Die erwähnte von ihm verteilte Schrift „Neun Fragen“ findet sich als Abschrift in den Parteiakten.⁸³ Unter den hier formulierten Positionen finden sich die Forderung nach sofortiger Fusion der beiden Arbeiterparteien, die Ablehnung der Kollaboration mit den Besatzungsmächten, eine äußerst kritische Haltung zur Besatzungspolitik – insbesondere zu den Vertreibungen, zur Ostgrenze und den Gewalttaten gegen die Bevölkerung. Und es findet sich auch der Ratschlag, „illegale Kaderorganisationen“ in den lizenzierten Strukturen aufzubauen. Brandler und Thalheimer bekräftigten die „Idee der proletarischen Diktatur in der Gestalt der Räte“ sowie die „Idee der proletarischen Demokratie“ unter Berufung auf Rosa Luxemburg und unter Abgrenzung vom „heutigen russischen Sowjetregime [...] wo die Räte eine leere Hülse gewor-

76 Ergänzung zum Bericht über organisierte feindliche Oppositionsgruppen, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/4/385.

77 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/4/385.

78 Bis 1947 in der SED, fällt sie 1950 erneut wegen „feindlicher Propaganda“ (Weitergabe einer Thalheimer-Broschüre) auf und wird nun wegen „republikfeindlicher Haltung“ auch von ihrer Tätigkeit als Lehrerin an der Berliner Fröbelhausschule ausgeschlossen. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

79 Er kam 1950 seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvor. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

80 Bergmann wurde 1929 als Dreizehnjähriger Mitglied der Jugendorganisation der KPO und arbeitete, 1933 aus Deutschland vertrieben, später in der Exilorganisation der KPO. Im März 1946 kehrte er nach Deutschland zurück.

81 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385; vgl. auch Jochen Cerny, KPO in der SED?, in: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hg.), Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000. Hamburg 1996, S. 100f.

82 Ebd.

83 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/4/385, Bl. 630–636

den sind, und die Bürokratie das Monopol der Macht in der Partei im Staate, in der Wirtschaft hat.“

Exemplarisch war die Abrechnung mit dem früheren KPD-Landtagsabgeordneten, KPO-Reichsleitungsmitglied und späterem SED-Mitglied Alfred Schmidt.⁸⁴ Der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands, Hans Jendretzky, unterrichtete die PPA des ZS – und auch Ulbricht sowie Merker – im Juli 1947 von seinem Vorhaben, mit Hilfe des SED-Landesvorstands Thüringen den von ihm schon lange beobachteten dortigen Vorsitzenden der IG Nahrung/Genuß/Gaststätten und 2. Vorsitzenden der IG im Zonenmaßstab abzusetzen.⁸⁵ Unter anderem wurde Schmidt bezichtigt, Flugblätter der „trozkistischen Opposition“ weitergegeben zu haben. Nach Schmidts Absetzung im August 1947 durch den IG-Landesvorstand wegen falscher Gewerkschaftspolitik hagelte es Proteste aus Betrieben gegen die Maßregelung des beliebten Gewerkschaftsfunktionärs.⁸⁶ Offenbar hatte Schmidts mutiges Auftreten gegen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und deren Auswirkungen auf die Ernährungs- und Versorgungslage im Rahmen seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär bewirkt, daß er in den Einrichtungen seines gewerkschaftlichen Wirkungsbereichs großes Vertrauen erworben hatte. Dies war bereits ein Warnsignal hinsichtlich der von den Stalinisten immer gefürchteten eigentlichen Gefahr, die von Trägern innerparteilichen Widerspruchs ausging, wenn sie sich in ihrem öffentlichen Wirken auf konspirativ arbeitende politische Zellen stützten. Am 4. September 1947 behauptete Jacob Schlör in einer Notiz an Dahlem im Berliner Zentralsekretariat, bei der durch den Zentralvorstand der IG Nahrung und Genuß veranlaßten Absetzung Schmidts hätte sich herausgestellt, daß letzterer geheime KPO-Arbeit betriebe und Verbindung zu Brandler unterhielte.⁸⁷ Im Januar 1948 bemühte sich das Zentralsekretariat um ein Gesamtbild. Der bereits erwähnte „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, den Ost- und Westzonen“ vermerkte eine von KPO- und KAP-Aktivisten ausgehende Sammlungstendenz mit Impulsen von trozkistischen Kreisen aus Frankreich und der Schweiz bzw. durch trozkistische Angehörige der amerikanischen Besatzungsmacht. Für die SBZ wird insbesondere auf Schmidts Erfurter KPO-Aktivitäten hingewiesen.⁸⁸ Im Juni 1948 wurde dieser entschiedene Kritiker der sowjetischen Besatzungs- und Reparationspolitik wegen Reorganisation der KPO in Erfurt und Teilnahme am Aufbau der KPO in Thüringen aus der SED ausgeschlossen und einige

84 Schmidt arbeitete nach 1933 in der Illegalität mit Otto Engert zusammen und war 1934–39 in Gestapo- und KZ-Haft.

85 Nachdem sich Jendretzky in seinem Schreiben über die Passivität des Thüringer SED-Landesvorstands beklagte, den er zuvor schon auf Schmidt aufmerksam gemacht hatte, schlug er vor: „Wir werden ihn bei den kommenden Gewerkschaftswahlen versuchen auszubooten, doch muß hier eine intensive Unterstützung, insbesondere durch die Landesleitung Thüringen, einsetzen.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

86 Bericht über das Entstehen der KPO in Erfurt, Thüringen sowie der gesamten russischen Zone, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385. Der im Bericht suggerierte Eindruck, Schmidt hätte zonenweit die KPO reorganisiert, wurde hier zwar für Erfurt, aber keineswegs für die SBZ und noch nicht einmal für Thüringen durch Tatsachen gestützt.

87 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385. Schlör war von 1945 bis 1947 Leiter des Sekretariats und persönlicher Referent des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und 1947 Leiter der Abteilung Verwaltung. Er war KPD- und KPO-Gründungsmitglied und nach 1933 wegen illegaler Arbeit von den Nazis mehrfach inhaftiert. 1951 wurde er wegen KPO-Mitgliedschaft aus der SED ausgeschlossen.

88 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

Tage später zusammen mit anderen Parteimitgliedern von der sowjetischen Besatzungsmacht in Erfurt verhaftet.⁸⁹ Tatsächlich hatte Schmidt seit 1945 die Kader in Erfurt gemäß dem aus dem antifaschistischen Widerstandskampf bewährten KPO-System in Fünfergruppen organisiert und sorgte so auch für die Verbreitung der von Bergmann eingeschleusten Diskussionsmaterialien.⁹⁰ Die geheimen Informanten des Thüringer Parteivorstands wußten zu berichten, daß Schmidt in der Erfurter Gruppe unter anderem erklärte, Stalin betreibe Hegemonialpolitik in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung und seine Politik würde zu einer Niederlage gegenüber dem Westen führen. Die Demontagen und der Hunger würden die Deutschen demoralisieren.⁹¹ Neben Schmidts Gruppe hörte man auch von fünf Saalfelder Parteimitgliedern, die des Trotzismus verdächtig wären und die illegale Zeitschrift „Neues Beginnen“ – von der noch die Rede sein wird – bezögen und verbreiteten. Vor einer Funktionärskonferenz mußten sich 12 bis 15 Mitglieder der „Schmidt-Organisation“ verantworten.⁹² Schmidt wurde am 2. Dezember 1948 von einem sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propaganda zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt.⁹³ Schmidts KPO-Genosse Paul Elflein aus Saalfeld wurde im September 1948 aus der SED ausgeschlossen und entkam seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Westdeutschland.⁹⁴

b) Internationale Kommunisten Deutschlands: Trotzkistische Opposition in der Ostzone

In seiner Bautzener Strafhaft sollte Schmidt später auf Oskar Hippe treffen, den das MWD im September 1948 in Halle festgenommen und wegen antisowjetischer Propaganda sowie illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren verurteilt hatte. Er wollte die linke Opposition durch Unterstützung von Gruppenbildungen in Weißenfels, Merseburg, Leuna und im

89 „Bericht von der Aussprache mit dem Gen. Töpfer und Lässig am 7. 8. 1948 in Weimar“, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380. Dem Bericht zufolge wurde Schmidt am 20. 6. 1948 auf Beschluß des KV Erfurt ausgeschlossen. Die Verhaftung erfolgte am 6. Juli 1948. Theodor Bergmann, *Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition*, Hamburg 1987, S. 420f.

90 Bericht über die Zusammenkunft der KPO-5er-Gruppen in Erfurt, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380; vgl. auch Bergmanns Erinnerungen in der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“, Nachdruck Arbeiterpolitik November 1948–Juli 1950, o. O. 1975, S. 270.

91 Ebd. Bergmann verweist insbesondere auf Schmidts Kritik an den Demontagen und dessen Eintreten für die Einschränkung der Reparationslasten. Schon im Oktober 1947 war die PPA des ZS von Schmidts scharfen Angriffen gegen die Politik der SMAD in seinen Gewerkschaftsreferaten und seiner Aufforderung, die Partei solle nicht alles kritiklos hinnehmen, informiert worden: „Für uns in Deutschland muß es zuerst heißen: Reparaturen und dann Reparationen.“

92 „Bericht von der Aussprache mit dem Gen. Töpfer und Lässig am 7. 8. 48 in Weimar“, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/23, S. 324–326.

93 Bergmann, *Gegen den Strom*. S. 420f.

94 Die Flucht „des bekannten Erfurter KPO-Funktionars“ Paul Elflein zusammen mit seinen Genossen Richard Gernhardt und Heinz Walk wird später von der Landespartei kontrollkommission Thüringen in einem Bericht vom 19. Juli 1949 über die KPO dokumentiert. Dort heißt es auch, die KPÖler seien nach der Verhaftung der maßgeblichen Funktionäre vorsichtiger geworden. Ebenso sei nicht bekannt, ob „ihr bekanntes Fünfersystem noch besteht in ihren Stützpunkten.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384. Vgl. auch: Paul Elflein, *Immer noch Kommunist? Erinnerungen*, Hamburg 1978, S. 110ff.

Mansfelder Land organisieren. Auch er war zeitweilig mit der Gruppierung verbunden, die unter Leitung des bereits erwähnten Weiland das Blatt „Neues Beginnen“ herausgab.

Hippe betreffend, hieß es schon in einem wahrscheinlich Anfang 1947 erstellten Bericht, er sei „[...] wahrscheinlich der gefährlichste. Hippe war bereits vor 1933 in trotzkistischen Gruppen organisiert. [...] Große Erfahrung im Aufbau illegaler Gruppen.“⁹⁵ Tatsächlich war Hippe nach seinem KPD-Ausschluß 1929 Mitglied des Leninbunds und ging 1930 in die trotzkistische „Vereinigte Linke Opposition.“ Dort war er 1933 Mitglied der Reichsleitung in Berlin. Gemäß einer Vereinbarung der überlebenden Trotzkisten, vorerst in der KPD zu wirken, wurde er 1945 in zwei Westberliner KPD-Ortsgruppen nacheinander politischer Leiter und Instrukteur. Mit der Klarstellung seiner Unterbezirksleitung, ehemals aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder könnten nicht aufgenommen werden, war dieses Kapitel für Hippe schnell erledigt. Auch seine Mitarbeit in Weilands Sozialistischer Arbeitsgemeinschaft „Neues Beginnen“⁹⁶, einem Versuch der Zusammenführung und konzeptionellen Debatte von oppositionellen Linken verschiedener Tendenz, wurde 1946 bald wieder eingestellt. Die nach dem Krieg mühsam wiederentstehende trotzkistische Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) gab ein eigenes hektographiertes Blatt „Der Marxist“ als ihr Berliner Organ heraus. Die Arbeit der IKD in Mitteldeutschland und die Einschleusung von politischem Material organisierte Hippe mit Hilfe von Emil Bohn aus dem Weiland-Kreis und seinen alten Verbindungen. Hippes Verhaftung erfolgte wenige Tage nach seinem öffentlichen Auftritt auf der großen Funktionärsversammlung der ÖTV in Berlin-Friedrichshain, auf der er die Politik der Besatzungsmächte kritisierte.⁹⁷

c) Von der KAP zur Gruppe „Neues Beginnen“: Der Versuch einer Vereinigten Opposition

Auch die KAP regte sich insbesondere in Berlin. Der Kopf eines zentralen Kreises von Berliner KAP-Leuten mit internationalen Verbindungen namens Jahn⁹⁸ aus Berlin Friedrichshain wurde im August 1947 mittels V-Mann-Arbeit eingeschätzt als „unbestechlich trotz schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse [...]. Bei eventueller Verhaftung würde mit Gewalt oder Drohungen nichts erreicht werden [...] Teilnehmer an den Spartakus-Kämpfen, Hamburger Aufstand, [...] KAP, gemeinsame Arbeit mit oppositionellen SPD-Genossen, [...] zeitweise mit Trotzkisten, Korsch, Ruth Fischer, [...] Münzenberg.“ Arbeitsweise und Mitgliederstruktur der KAP-Organisation wurde beschrieben als „völlig konspirativ“, „in Vierergruppen organisiert“, „mit Decknamen und in SED, SPD, FDGB verankert, überwiegend OdF“.⁹⁹

95 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

96 Vgl. S. 145ff.

97 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Operativ-Vorgang „Renegat“, Archivnummer 943/61.

98 Die „Jahn-Gruppe“ aus Berlin Friedrichshain wurde erstmals im bereits erwähnten „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, den Ost- und Westzonen“ vom 28. 1. 1948 genannt. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

99 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380. Die Jahn-Gruppe wurde in einem Bericht „Betrifft: Arbeit fraktioneller Gruppen“ vom 28. Januar 1948 als Herausgeber eines abgezogenen Materials unter dem Titel „Solidarität“ vermutet. Ebd.

Auch die schon erwähnte Weilandsche Gruppe „Neues Beginnen“ hatte ihre Wurzeln in der KAP, jedoch ging dieser Versuch weit über die Revitalisierung einer alten Struktur hinaus. Berichte über die Weiland-Gruppen in Ost- und Westberlin sind seit Juli 1946 (von der SED-Kreisleitung Kreuzberg an die PPA des LV Berlin),¹⁰⁰ verstärkt ab September 1946, nachweisbar.

Weilands politische Biographie führte seit den zwanziger Jahren über die KAP, AAU und KAU schließlich 1945 in die KPD, wo er bereits 1945 an der illegalen KAU-Revitalisierung mitwirkte. In der SED arbeitete er 1946 für die Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung sowie 1947 beim Aufbau des Instituts für Publizistik in Ostberlin. Die schon erwähnte, ab Sommer 1946 einsetzende Gruppenarbeit erfolgte ab Ende 1946 infolge der zunehmenden Überwachung auch verstärkt konspirativ. Sie vereinte vor allem ehemalige Mitglieder von KAP, ISK¹⁰¹ und SAP zur Verdichtung ihres Berliner Organisationsnetzes – Schöneberg, Steglitz, Lichtenberg, Prenzlauer Berg – und besaß Verbindungen nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schwerin, Hamburg, Braunschweig und Stuttgart. Die Gruppe war in Dresden mit 15 Mitgliedern präsent. Sie zählte in Potsdam angeblich 100 und in Forst 40 Personen.¹⁰² Ihre Mitglieder gehörten, gemäß dem Kenntnisstand vom April 1948, der SED, der SPD oder der KPD an. Akribische, wenngleich unprofessionell¹⁰³ erarbeitete Informationen über Weiland gingen an die Berliner PPA. Diese erhielt von Informanten aus der Westarbeit auch ausführliche Informationen über Weilands Anstrengungen, linkssozialistische Kräfte in den Westzonen zu integrieren. Es existiert eine Vielzahl vollständiger Sitzungsprotokolle von konspirativen Zusammenkünften aus der Feder eines oder mehrerer Informanten der PPA, welche belegen, daß man in dieser Einrichtung schon vor der Gründung der Abteilung Abwehr mit geheimdienstlichen Methoden zu arbeiten wußte.¹⁰⁴ So ergibt sich im Nachhinein ein sehr plastisches Bild der Diskussionen und Aktionen dieser Gruppe. Trotz der zum Teil heftigen Debatten zwischen Weiland und Hippe zur Einschätzung der UdSSR, der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie zur Konzeption der eigenen politischen Arbeit in der SED¹⁰⁵ wurde man sich in diesem Kreis bezüglich

100 Kubina, In einer solchen Form, S. 368.

101 Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) entstand 1925 aus dem Internationalen Jugend-Bund, einer Gründung des Göttinger neukantianischen Philosophen Leonard Nelson, nachdem die Mitglieder dieser radikal linken, nichtmarxistischen Organisation aus der SPD ausgeschlossen worden waren. Bereits vor 1933 auf einen langfristigen Kampf unter dem Faschismus vorbereitet, konnte die Gruppe bis zu ihrer Zerschlagung 1937 eine organisierte illegale Arbeit leisten. Über den ehemaligen Vorsitzenden des ISK, Willi Eichler, beeinflussten die Positionen der Organisation stark die Umbildung der programmatischen Grundlagen der SPD nach 1945.

102 Vgl. dazu: „Bericht von den in Berlin festgestellten Arbeiten der KAP-Gruppe“ (vermutlich vom März 1948), „Bericht aus Halle über Arbeit linker Gruppen in Sachsen/Anhalt“ vom 14. April 1948, „Neues Beginnen – Ostzonenkonferenz“ vom 7. Mai 1948; SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380. Vgl. auch: Sylvia Kubina, Die Bibliothek des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978), Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek der FU Berlin, Juni 1995.

103 „Der Genosse, der seit 1948 die Verbindung in diese trotzkistische Organisation hatte, hat diese Verbindung schleifen lassen [...] weil er [...] mit Parteiarbeit zugedeckt ist [...] weil wir von Berlin aus keine Zeit hatten, diese Arbeit anzuleiten und wir in Sachsen/Anhalt keine entsprechend klaren Verhältnisse hatten, um diese Arbeit von dort aus machen zu lassen.“ „Betr. Gruppe Neues Beginnen“, Bericht vom 5. Juni 1950. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

104 Für das Folgende siehe: SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

105 Während Weiland erklärte, „wir (müßten) uns trotz alledem an die Sowjet-Union anlehnen [...], weil sie immerhin der Arbeiterklasse größere Möglichkeiten für ihre Entfaltung bietet“, plädierte Hippe im

einiger wichtiger Fragen durchaus einig. So wurde gemäß diesem Diskussionsstand die Auffassung vertreten, in der Sowjetunion habe sich die Partei zum Instrument einer inzwischen herrschenden Bürokratie verwandelt, welche die Interessen des eigenen Landes höher stelle, als die Interessen des Weltproletariats. In der Gruppe setzte sich 1946/1947 auch Weilands Auffassung durch, daß es „notwendig [sei], daß wir in den politischen Parteien immer revolutionär zu arbeiten haben, entweder in der SED oder in der SPD. [...] Wem es aber nicht gegeben ist, in den Parteien zu arbeiten, der soll in die Gewerkschaften oder in andere Organisationen gehen [...]“¹⁰⁶ Den Weiland-Gruppen gehörten Mitglieder der SED, der SPD und der KPD an. Diskutiert wurde insbesondere die Verlegung der Gruppenkader weg von den scharf kontrollierten Parteien hin zur Basisarbeit im FDGB.¹⁰⁷ In einem im Juni 1950 in der ZPKK verfaßten resümierenden Bericht hieß es dann schon: „In der ersten Hälfte 1948 stellten wir durch eine vertrauliche Verbindung fest, daß über die gesamte damalige sowjetisch besetzte Zone [...] eine trotzkistische Organisation existiert, der, soweit wir feststellen konnten, ausnahmslos Funktionäre unserer Partei bzw. der staatlichen Verwaltung angehörten.“¹⁰⁸ Weiland bemühte sich auch um die Zusammenarbeit mit der trotzkistischen Gruppe „Neuer Spartakus“¹⁰⁹ und anderen Berliner KAP-Leuten. Seinem drohenden Parteausschluß kam er im Mai 1948 durch Austritt zuvor.¹¹⁰ Ein weiteres führendes Gruppenmitglied, der KAP-Mitbegründer und – bis 1937 – Kopf der „Roten Kämpfer“, Karl Schröder, war Leiter der Volkshochschule Neuköln, was der Gruppe die Verbreitung ihrer theoretischen Positionen durch Schulungsabende erleichterte.¹¹¹ Der Hallenser Emil Bohn saß in der Abteilung Handel und Versorgung der Provinzialregierung, ein weiteres Gruppenmitglied in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Zum politischen Profil des Zusammenhangs wurde eingeschätzt: „In der Gruppe Weiland wird versucht, eine Plattform auszuarbeiten. [...] Ideologische Abgrenzung von der Sowjetunion. SED in Deutschland und kommunistische Parteien sind mehr denn je der verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik.“¹¹² Eine im Bericht zitierte Spitzelinformation vermeldete: „Hippe hat in der letzten Besprechung bei Weiland in Schöneberg darauf hingewiesen, daß die SED versuche, die Oppositionsbewegung in den westlichen Sektoren Berlins genau zu beobachten und Anschluß an die Gruppen zu bekommen. Aus konspirativen Gründen soll [...] nur noch in der jeweiligen Gruppe

Gegensatz zu Weiland in Anlehnung an Positionen der trotzkistischen Gruppe „Neuer Spartakus“ für illegalen Kampf, aus dem heraus Maßnahmen erwogen werden müssen. Er bezeichnete den Arbeitskreis als Grundstock für eine neue Partei. (Spitzelbericht über die Gruppensitzung vom 13. Oktober 1946). Weilands Vorschlag zur Ausrichtung der Gruppe hinsichtlich der SED lief dagegen darauf hinaus, „drin zu bleiben“ und oppositionelle Stimmungen zu nutzen, um die Partei in die richtigen Bahnen zu lenken (Bericht über die Sitzung am 27. Oktober 1946).

106 Bericht über die Sitzung am 10. November 1946.

107 Bericht aus Halle vom 14. April 1948. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

108 „Betr. Gruppe Neues Beginnen“, Bericht vom 5. Juni 1950, ebd.

109 Das gleichnamige Organ der trotzkistischen Gruppe „Neuer Spartakus“ erschien seit März 1946.

110 Betr. Trotzkistische Organisation Weiland/Schröder, Berlin, vom 6. 8. 1948, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

111 Weiland hielt ab 26. Oktober 1946 auch Volkshochschulkurse in der Volkshochschule Berlin-Steglitz über Planwirtschaft. Gesammelt sind Spitzelberichte der SED Kreis Steglitz, welche die persönlichen Verbindungen des Referenten Weiland mit Kursteilnehmern und den Inhalt der Referate zum Gegenstand haben. ZPKK IV 2/4/380, S. 210–213.

112 Undatierter Bericht über „Organisierte feindliche Oppositionsgruppen“, wahrscheinlich Januar 1947, ebd.

gearbeitet werden. Zu Sitzungen in Schöneberg sollen nur von Fall zu Fall Bezirksdelegierte entsendet werden.“¹¹³ Besonders provozierend war natürlich, daß der Kreis um Weiland eine eigene, nicht lizenzierte hektographierte Zeitung „Neues Beginnen – Blätter Internationaler Sozialisten“ herausgab, die in Weilands Wohnung in Schöneberg fabriziert, in der SBZ illegal vertrieben¹¹⁴ und an vielen Orten in den Westzonen nachgedruckt wurde. Überdies gelang es ihm, das MWD durch gefälschte Spitzelberichte zu desorientieren.¹¹⁵ Am 5. und 6. Mai 1948 fand eine Ostzonenkonferenz (48 Teilnehmer) zur Klärung offener organisatorischer Fragen statt.¹¹⁶ Weiland entfaltete eine rege Reisetätigkeit sowohl in der SBZ¹¹⁷ als auch in Westdeutschland¹¹⁸.

Am 11. November 1950 fand die vom MWD in Auftrag gegebene Entführung Weilands aus Westberlin statt.¹¹⁹ Das MWD verhörte Weiland ein Jahr in Berlin-Lichtenberg und Karlshorst; weitere Verhaftungen in Berlin, Magdeburg, Halle und anderen Orten folgten. Der vom MWD verfolgte Spionageverdacht gegen Weiland wurde 1951 niedergeschlagen, Weiland dem MfS übergeben und im August 1952 vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus sowie 10 Jahren Sühnemaßnahmen wegen Boykotttätigkeit und Spionage verurteilt.¹²⁰ Neun Mitangeklagte (unter anderem Emil Bohn) erhielten Strafen von 2–10 Jahren. Das von den Sicherheitsorganen dann zerschlagene Gruppennetz hatte weit über Berlin

113 Ebd. Einem Spitzelbericht über die Sitzung der Weiland-Gruppe am 5. Januar 1947 zufolge gab es die Gruppe Nord (Wedding, Pankow, Reinickendorf, Mitte – diese Gruppe sollte geteilt werden), Gruppe Moabit (8 Personen), Gruppen in Charlottenburg (mit Schwerpunkt Jugendarbeit), Zehlendorf, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg. Ebd.

114 Der „Bericht über Aktivitäten ...“ stellte für Sachsen/Anhalt als Vertriebsorte Halle und Magdeburg fest. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

115 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380, siehe auch S. Kubina, Weiland.

116 Bericht vom 7. Mai 1948, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

117 „Vor ca. 14 Tagen war Weiland in Dresden und hatte dort eine Konferenz mit ca. 30 Gesinnungsgenossen. Für die 2. Augushälfte ist ein ähnliches Treffen wie das, [welches] am Himmelfahrtstag in Berlin stattfand, in Halle geplant. Es ist in Aussicht genommen, Verbindungsleute aus dem Land Sachsen, aus Sachsen/Anhalt und Thüringen zu einer Konferenz zusammenzufassen. Weiland denkt an den Ausbau seiner Stützpunkte in den Industriezentren dieser drei Länder. Die Vorbereitungen für diese Konferenz hätte das Mitglied unserer Partei Emil Bohn/Halle zu erledigen. [...] Kommt die Konferenz in Halle nicht zustande, dann wird versucht, in jedem Land eine Konferenz [...] durchzuführen. In den Mittelpunkt der Tagung in Halle denkt Weiland die Verbindungen zu den Betrieben bzw. die Betriebsrätewahlen zu stellen. Die organisatorische Linie seiner Organisation geht dahin, es nicht zu einer selbständigen Partei kommen zu lassen. Im Westen Deutschlands wird versucht werden, in zunehmendem Maße innerhalb der SPD zu arbeiten und in unserer Zone steht für seine Organisation die Aufgabe, an die ehemaligen SPD-Funktionäre heranzukommen.“ Aktennotiz „Betrifft ‚Neues Beginnen‘“, Weiland vom 30. 7. 48, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380. Bohn war im Raum Halle für den Vertrieb der Zeitschrift „Neues Beginnen“ verantwortlich. Bericht aus Gardelegen vom 28. Juli 1948, ebd.

118 Zur Pfingstreise Weilands nach Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Köln, Ulm, Stuttgart, Hannover, und Braunschweig hieß es: „In jedem dieser Orte hat er an einer Konferenz der KPA [muß heißen: KAP] bzw. von Gesinnungsgenossen, die sich um die Zeitung „Neues Beginnen“ sammeln, teilgenommen. Aktennotiz vom 30. 7. 48, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

119 Für das Folgende siehe auch Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 63, S. 580 und: Der Staatssicherheitsdienst, BM für gesamtdeutsche Fragen (Hg.), Bonn/Berlin 1962, S. 143–148 (Erlebnisbericht Weilands).

120 Weiland wurde nach Verminderung seiner Strafe auf 8 Jahre am 8. November 1958 nach Westberlin entlassen.

hinaus erheblichen Umfang, wie man vorsichtig aus den Untersuchungsprotokollen¹²¹ schließen kann.

7. Das Scheitern innerparteilicher widerständiger Strömungen in der SED vor und während ihrer Formung zur „Partei Neuen Typs“

Das Spektrum der Formen innerparteilicher Dissidenz reichte von spontaner Kritik, bewußter Widerspruchsbereitschaft in systemkonformem oder die Loyalität zur Partei bereits aufkündigendem Sinne über innerparteiliche Opposition bis hin zum organisierten Widerstand. Das Anwenden einer solcherart differenzierten Begrifflichkeit führt auch zum Verständnis des politischen Gewichts der Unterscheidung von Opposition und Widerstand im Selbstverständnis der Akteure innerparteilicher Dissidenz.

Die „sozialdemokratische Gefahr“ in der SED für die stalinistisch dominierte Parteiführung entsprang von Anfang an zwei Quellen: Einerseits fürchtete man, daß ehemals sozialdemokratische Funktionäre über den beherrschbaren Rahmen von „offenen“ Diskussionen in den Leitungsgremien hinaus sich in Krisensituationen an alle Parteimitglieder wenden könnten und damit in der Gesamtpartei, besonders aber bei den zahlreichen ehemaligen SPD-Mitgliedern in der SED, erheblichen Widerhall zu erwarten hatten. Andererseits fürchteten die Stalinisten, daß ehemalige SPD-Funktionäre umgekehrt die massenhafte Unzufriedenheit insbesondere ehemaliger sozialdemokratischer Parteimitglieder an der Basis zu einer offenen Kampfansage an den stalinistischen Funktionärskörper in den Leitungsgremien ausnutzen könnten. Die politische Substanz dieser Gefahr bestand keineswegs in einer drohenden Renaissance sozialdemokratischer Politikansätze in der SED, sondern in der größeren Bereitschaft ehemals sozialdemokratischer SED-Funktionäre, die tatsächliche Lage im Land – sowjetische Demontagen, Ernährungssituation, Übergriffe der Besatzungsmacht auf die Bevölkerung usw. – zu thematisieren.¹²² Demgegenüber waren Grundsatzdiskussionen über sozialdemokratisches Demokratie- und Politikverständnis in den Leitungsgremien eher den defensiven Versuchen ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre geschuldet, in der Phase der stillen Gleichschaltungspraktiken bis zum Sommer 1947 die naive Option der freien Diskussion innerhalb der SED über strittige Positionen zu behaupten. In diesem Sinne ist „innerparteiliche Demokratie“ besonders von ehemaligen Sozialdemokraten immer wieder eingefordert worden. So wenig auch sozialdemokratische „paritätische“ Parteifunktionäre oder sozialdemokratische Basisgruppen zu entschiedeneren Schritten bereit waren, um so konsequenter sollten dann die Stalinisten in der SED dieser „sozialdemokratischen Gefahr“ ab Ende 1947 begegnen, indem sie – durch Kadertausch jenseits der Parität und Säuberung – ihre potentiellen Träger politisch ausschalteten. Doch noch bevor dann 1948 die innerparteilichen Säuberungen begannen, war insbesondere die Mehrzahl der früheren sozialdemokratischen Funktionäre in der SED auf Anpassungskurs gegangen und reagierte höchstens mit internem Widerspruch in ihren jeweiligen Gremien. Wie groß dabei das Gewicht sowje-

121 Zu Weiland u. a. siehe BSTU, ZA AU 258/52 und ZA AS 102/77.

122 Vgl. den Beitrag von Andreas Malycha in diesem Band.

tischer Repressionen in Vergleich zum Funktionärsopportunismus zu bemessen ist, bleibt umstritten.

In der Mehrzahl erlagen auch die Kommunisten, welche dem jeweiligen Kurs der Parteiführung reserviert gegenüberstanden, letztlich dem Druck und der Versuchung, sich aktiv an die jeweils herrschende Parteidoktrin anzupassen. Dagegen verblieb die große Zahl anpassungsunwilliger Sozialdemokraten überwiegend in der passiven Distanz zu der sich ihnen immer mehr entfremdenden SED. Anders als bei den zahlreichen anpassungsunwilligen Sozialdemokraten führten die politische Sozialisation und die praktische Erfahrung der wenigen widerstandsbereiten Kommunisten und Linksozialisten jedoch eher zu entschiedeneren Formen der Gegenwehr. Während der zahlenmäßig große „SPD-Flügel“ in der SED weitgehend auf organisierte Opposition verzichtete, obwohl dann bis 1950 etwa 5 000 Sozialdemokraten mindestens zeitweilig inhaftiert waren¹²³, leisteten die wenigen Aktivisten ehemaliger linker Splittergruppen offenbar zeitweise einen für ihre Verhältnisse beträchtlichen Widerstand gegen die Stalinisierung der SED und waren natürlich härtesten Verfolgungen ausgesetzt.

Gegenüber den Versuchen mutiger Sozialdemokraten und auch einiger Kommunisten, innerhalb der SED in den 40er Jahren innerparteilich offen zu opponieren, also „parteioppositionell“ wirken zu wollen, wußten die klarer Denkenden unter den wenigen handlungsbereiten dissidenten Kommunisten jener Zeit genau, daß nicht „Opposition“ in der Partei, sondern Widerstand gegen die immer mehr stalinistisch dominierte SED geboten war. Und da sie aus eigener Erfahrung die von Ulbricht und Genossen in die SED überführte Thälmannsche KPD sehr genau kannten, wußten sie auch, daß dies unter den gegebenen Kräfteverhältnissen konspirativ und durch den Aufbau eigener Strukturen am effektivsten zu tun war. Im Bewußtsein des eigentlichen Zwecks solcher Techniken, nämlich die Bevölkerung zu erreichen, standen sie neuerlich vor folgenden Fragen:

1. Bis wann war die Bevorzugung entristischer Methoden gegenüber der Bildung eigener Organisationen vertretbar?
2. Wie weit wollte man in der Praxis antistalinistischer Bündnispolitik im Lichte der Erfahrungen der linken Splittergruppen am Ende der Weimarer Republik gehen?

Das frühe Scheitern einer „dritten Kraft“ in Ost und West jenseits von KPD/SED und SPD wird immer wieder – und durchaus nicht zu Unrecht – mit stalinistischem Terror, russischer und amerikanischer Interessenlage sowie durchgängig präsentem Antikommunismus erklärt. Doch zeigt die Geschichte auch des linken antistalinistischen Widerstands in der SBZ/DDR, daß die sektiererischen Tendenzen um so größer wurden, je kleiner die Gruppen und je auswegloser ihre Lage war. Das einigende, nämlich der negative Bezug auf SED (oder SPD), konnte die Defizite bei der Herausarbeitung einer kooperativen Praxis, Theorie und organisatorischen Konsistenz nicht aufwiegen. In Kombination mit den erstgenannten Faktoren war ihr Scheitern also folgerichtig.

123 Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichte, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 41 (1990), S. 305.

8. Die Bildung der Parteikontrollorgane und die Einleitung einer Politik der Säuberungen

Die Verhaftungen von Schmidt, Hippe und anderen sind durchaus im Kontext der Mobilmachung vom Sommer 1948 zu sehen.¹²⁴ Der Parteivorstand faßte neben dem Beschluß zur Jugoslawienfrage auch den ersten Säuberungsbeschluß zum beschleunigten Parteiausschluß für partei- und sowjetfeindliche Mitglieder.¹²⁵ Im August folgte die erste öffentliche Drohung unter anderem gegen die Trotzlisten und „KPO-Leute“, wie es im ND vom 22. August 1948 hieß. Als 1949 die systematischen Säuberungen in der SED begannen, verfügte die Parteiführung bereits über ein wirksames Instrument, als es die Materialsammler der Abwehrreferate bei den Personalpolitischen Abteilungen sein konnten. Nach dem Beschluß zur Umformung der SED in eine „Partei neuen Typs“ durch die 10. Tagung des Parteivorstands im Mai 1948 beschloß das gleiche Gremium im September die Bildung von Parteikontrollkommissionen auf allen Ebenen. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) begann aber erst Anfang 1949 tatsächlich mit ihren Gliederungen auf Landes- und Kreisebene zu arbeiten. Die politischen Vorgaben gab der Parteivorstand in seiner Sitzung vom März 1949: „[...] Trotzlisten, KPO-Leute usw. [vertreten] heute nicht politische Strömungen in der Arbeiterbewegung, sondern [sind] bezahlte Agenten der imperialistischen Geheimdienste.“¹²⁶ In der „Entschließung der Tagung der Parteikontrollorgane am 3. und 4. September 1949“ hieß es über die Situation in der Partei bereits: „Wo trotzlistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens oder einer falschen Politik] sind, muß die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf diese Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und gegen die Arbeit anglo-amerikanischer Agenturen.“¹²⁷ Hier wird schon ganz im Sinne des neuen KOMINFORM-Kurses¹²⁸ die ultimative Verbindung von Linienabweichungen mit Feind- und Agententätigkeit formuliert.

Als die LPKK Brandenburg am 22. November 1949 auf der Grundlage der Berichte der KPKKs und eigener Feststellungen an Matern von der ZPKK über „sektiererische und

124 Zeitgleich mit Grotewohls Kritik auf der 11. Parteivorstandstagung vom 29./30. Juni, die Schumacherpolitik nicht von Anfang an entschieden genug bekämpft zu haben, erschienen im ND die Enthüllungen des Ende 1946 von den sowjetischen Organen verhafteten Westberliner SPD-Funktionärs Wilhelm Lorenz. Das MWD hatte sein Geständnis über die im Auftrag westlicher Dienste ausgeführte Spionagetätigkeit des Ostbüros der SPD an die Parteiführung weitergegeben. Vgl. Wilfriede Otto, Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED 1949–1989, Frankfurt/Oder 1997, S. 148f.

125 Beschluß der 12. Parteivorstandstagung am 29. Juli 1948 „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“, Dokumente der SED, Band II, Berlin 1952, S. 8ff.

126 Der Parteivorstand zum Bericht des Politbüros über die Tätigkeit seit der 1. Parteikonferenz, ebd., S. 214.

127 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/380.

128 Mit der im Juni 1948 verabschiedeten „Anti-Tito-Resolution“, welcher sich das SED-Zentralsekretariat im Juli anschloß, verschärfte das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (KOMINFORM) den rigiden Kurs einer durchgehenden Stalinisierung aller kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflussesbereichs.

trozkistische Tendenzen“ berichtete, stellte sie unter anderem fest: „Erst nachdem durch die Entschließung des Parteivorstands die linke Gefahr als die Hauptgefahr herausgestellt wurde und durch die Diskussionen in der innerparteilichen Kampagne diese Frage besonders in den Vordergrund gestellt wurde, kommen diese Tendenzen und Gruppierungen mehr an die Oberfläche.“ So konstatierte man auf der Ortsdelegiertenkonferenz Fürstenberg/Oder eine organisierte Opposition gegen die präsentierten Wahlvorschläge, welche zur geheimen Wahl des von der Opposition aufgestellten Kandidaten mit 100 zu 50 Stimmen führte. Die Konferenz wurde „später wiederholt und entsprechend der neue Vorstand richtig besetzt.“ Man vermeinte, in fast allen Kreisen linke Tendenzen zu beobachten, so ehemalige Lenin-Bündler in Rathenow und Trozkismus sowie linkes Sektierertum im Kreis Oberbarnim. Die Brandenburger Parteikontrolleure konnten auch eine Gruppe im SAG-Betrieb Staatliche Sowjet-Oder-Schiffahrt ausmachen, von der allerdings noch nicht einmal feststand, ob sie eine trozkistische oder eine Schumacher-Gruppe war.¹²⁹

Wenn auch die konspirative Reorganisation der KPO innerhalb der SED unterblieb, schien nach den Erhebungen der Personalpolitischen Abteilungen aus den Jahren 1947/48 die Furcht der SED-Führung vor einer Revitalisierung innerparteilicher Kritik entlang den Inhalten der „rechten Abweichler“ alles in allem keineswegs abwegig. Deren Anhänger, welche wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber allen Besatzungsmächten in den Westzonen nie eine Legalisierung für sinnvoll hielten, waren geschult in konspirativer politischer Arbeit und ausgestattet mit den Erfahrungen des illegalen Kampfes gegen das Naziregime. Besonders provozierend für die SED-Stalinisten war es, daß die KPO für sich in Anspruch nehmen konnte, mit ihrer damaligen Faschismusanalyse und ihrer Kritik einerseits an der Sozialfaschismuskonzeption der KPD, andererseits an der verfehlten SPD-Politik in der Weimarer Republik vor der Geschichte Recht behalten zu haben. Ende 1949 begannen die Landes- und Kreiskontrollkommissionen mit der Zusammenstellung von Namens- und Informationslisten von Westemigranten und westalliierten Kriegsgefangenen sowie ehemaliger Angehöriger von Splittergruppen.

Die LPKK Berlin berichtete der ZPKK im Dezember 1949 von zwei KPO-Gruppen in Wedding und Friedrichshain.¹³⁰ Die späteren – bereits erwähnten – genaueren Erhebungen der ZPKK rekonstruierten die Versuche der vom Naziterror nicht so stark dezimierten KPÖler Berlins, 1946 ihre Verbindungen wiederherzustellen, ohne allerdings die KPO als solche zu reorganisieren.¹³¹ Die ZPKK behauptete in diesem Bericht, die Taktik der KPÖler in der SED bestünde darin, kleine Gruppen zu bilden, die Unzufriedenen in der SED kennenzulernen und daraufhin mit ihnen direkte Verbindung aufzunehmen. Diese als Behauptung niedergeschriebene Befürchtung geht natürlich unter anderem auf die früher bekannt gewordene oben erwähnte Schrift „9 Fragen“ von Brandler/Thalheimer zurück. So ist leicht nachvollziehbar, wie ängstlich die Parteiorgane von Anfang an nach Beispielen solcher in der Tat erfolgversprechenden und klugen Taktik Ausschau hielten. Im ZPKK-Bericht hieß es jedoch auch, aus Befragungen ehemaliger KPÖler ginge hervor, daß sie in der Mehrzahl nach 1945 die Aufrechterhaltung ihrer Partei oder eine Fraktionsarbeit in der SED ablehnten. Praktisch-politisch ist die Mehrheit der Inlands-KPÖler offenbar tatsächlich nicht der Empfehlung Brandlers und Thalheimers gefolgt, da sie vor allem keine Gefährdung der auch

129 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384.

130 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384.

131 „Vorläufiger Bericht über die KPO Berlin vom 11. 8. 1951“, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

von ihnen befürworteten Parteieinheit heraufbeschwören wollten. Sie gingen aber häufig in ihrer Kritik an den Besatzungsmächten weiter als andere SED-Mitglieder.

Eine Meldung im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Jagd auf KPO-Leute in Thüringen berichtete über den Ausschluß eines ehemaligen KPO-Manns in Arnstadt im Juli 1950, der 50 von 60 Mitgliedern der dortigen Konsumgenossenschaft „trotskistisch“ beeinflusst hätte.¹³² Eine undatierte Meldung berichtete über die Verhaftung von Heinz Härtling, Kopf einer KPO-Gruppierung in Greiz.¹³³ Zur Rekonstruktion früherer KPO-Verbindungen wurden von den Parteikontrollorganen sogar die Akten der Gestapo Thüringen vom Februar 1935 über deren Verfolgung von KPOlern ausgewertet.¹³⁴

In dem Beschluß des ZK-Sekretariats zur „Säuberung des Parteiapparats von früheren Angehörigen der KPO“ vom 24. August 1950 hieß es: „Die ZPKK wird ersucht, gemeinsam mit der LPKK Sachsen unverzüglich alle früheren Mitglieder der KPO, ihre Beziehungen und Tätigkeit festzustellen und die notwendigen Maßnahmen zu beschließen.“¹³⁵ Es erfolgte eine Überprüfung der Parteiapparate der Kreise mit ehemals starkem KPO-Einfluß, besonders in Oschatz und in Oelsnitz/Vogtland, durch sechs Kommissionen aus Mitgliedern der ZPKK, der LPKK und der Kaderabteilung. Die vertraulichen Richtlinien für die Sonderkommissionen vom November 1950 lauteten: „Ehemalige Angehörige parteifeindlicher Gruppierungen, die ihre damaligen Fehler nicht vorbehaltlos und ehrlich selbstkritisch anerkennen und nicht in ihrer praktischen Tätigkeit ihre Parteiverbundenheit beweisen, sind Parteifeinde auch dann, wenn sie nur einzelne Punkte der feindlichen Ideologie oder der Tätigkeit ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen offen oder versteckt verteidigen. Sie sind auszuschließen.“¹³⁶ Im diesbezüglichen „Bericht über die Tätigkeit von Genossen ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen“ vom 16. November 1950¹³⁷ wird aber kein Anhaltspunkt für eine breitere Fraktionstätigkeit ausgemacht. Der Parteiapparat sei im wesentlichen frei von ehemaligen KPO-Leuten, wogegen dies im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat anders wäre. Das magere Ergebnis wurde mit der abenteuerlichen Interpretation versehen, daß Brandlers – durch Kurier 1946 an Otto Heyer übermittelte – Anweisung, den Eindruck jeder Fraktionstätigkeit zu vermeiden und in enger Fühlung zu bleiben¹³⁸, offenbar befolgt würde. Überdies wurde, diesmal realistischer, vermerkt, daß bei ehemaligen KPOlern keine entschiedene Distanzierung vom „Verrat der KPO“ erfolge¹³⁹ und bemängelt, daß dies von den Parteileitungen auch nicht verlangt worden wäre. Die wichtigsten Hinweise des Berichts betreffen die traditionell starke Präsenz ehemaliger KPO-Leute im graphischen Gewerbe

132 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384.

133 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

134 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

135 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384.

136 Richtlinien zur Parteiüberprüfung, veröffentlicht von Angelika Klein in: BzG, Heft 6/1990, S. 786.

137 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384 und 385.

138 Diese Information findet sich in den ZPKK-Akten als undatierter Auszug aus einem Bericht Otto Heyers über den Umlauf eines derartigen Schreibens von Brandler Anfang 1946. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384. Heyer, KPD- und ab 1929 KPO-Mitglied, war ab Herbst 1933 politischer Leiter der illegalen Arbeit und ab 1934 in Gestapo-, Zuchthaus- und KZ-Haft.

139 Vgl. dazu auch den von J. Cerny beschriebenen Verlauf der Kreisdelegiertenkonferenz in Oelsnitz/Vogtland vom November 1949, in der „frühere KPO-Angehörige in provokatorischer Weise auftraten“, woran sogar der damalige KPKK-Vorsitzende Arthur Süß beteiligt war. Süß, in der KPD bis 1929 und danach KPO-Mitglied, nach 1933 illegal für die Partei tätig, wurde 1951 aus der SED ausgeschlossen. Vgl. auch Cerny, S. 107f; SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

und insbesondere die Aktivitäten von Paul Hempel, Mitglied des Interzonenausschusses der graphischen Gewerkschaften.¹⁴⁰ Auf den fast 70jährigen KPO-Mitbegründer Arthur Lieberasch wurde im Zusammenhang mit seinem Briefwechsel mit Hans Tittel¹⁴¹ und Brandler hingewiesen.¹⁴²

Die Parteiideologen verstärkten die Säuberungsimpulse noch, indem sie ein Konstrukt politischer Verbindungen zwischen unangepaßter Gewerkschaftsbetätigung, Sozialdemokratismus und KPO-Tätigkeit schufen. So erklärte Fred Oelßner am 19. Juli 1950: „Während das Ostbüro Schumachers sich vornehmlich Gegenden für seine Zersetzungsarbeit aussucht, die früher einmal Hochburgen der rechten SPD waren, suchen sich die Brandlerianer ehemalige KPO-Gruppen aus, um ihre Parolen an den Mann zu bringen. [...] Die von den Brandlerianern ins Leben gerufene KPO vertrat den Sozialdemokratismus, den sie in die KPD hineinbringen wollte. Soweit heute noch diese KPO-Traditionen in der Partei vorhanden sind, bilden sie ohne Zweifel ein Einfallstor für Agenten des amerikanischen Imperialismus, in dessen Dienst heute Brandler selbst steht.“¹⁴³ Es blieb der Leipziger Volkszeitung vom 18. November 1950 vorbehalten, für Sachsen unter der Überschrift „Räuchert die Nester der Schumacher-Agenten aus!“ und unter Berufung auf Stalins 12 Bedingungen für eine Partei neuen Typs den „Sozialdemokratismus“, das „Nur-Gewerkschaftertum“ sowie die Verwerflichkeit ehemaliger KPO-Tätigkeit zusammenzuführen.¹⁴⁴ Der Artikel zum Kampf der SED-Kreisleitung Leipzig gegen den „Sozialdemokratismus aller Schattierungen“ wartet mit einer detaillierten Aufzählung von vermeintlichen sozialdemokratischen Zentren nach Bezirken und Industriegewerkschaften auf. Damit war die Lesart vorgegeben, nach der in allen Ländern nun jede Linienabweichung, ob sozialdemokratisch oder im Sinne ehemaliger Splittergruppen, verfolgt werden sollte.

Doch auch wer als ehemaliges Mitglied oppositioneller Splittergruppen jeglicher Opposition abschwor, war verdächtig. So wurde zum Beispiel der aus faschistischem Zuchthaus und KZ in die KPD und dann SED zurückgekehrte Robert Siewert, Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, 1950 wegen seiner KPO-Vergangenheit seiner Funktionen enthoben. Der sächsische LPKK-Vorsitzende Arthur Ullrich wies aus Anlaß von Siewerts selbsterniedrigendem Artikel „Der Weg der KPO – von der parteifeindlichen Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse“¹⁴⁵ dessen Selbstkritik als unzureichend zurück und erklärte bei dieser Gelegenheit: „Es bedurfte [...] der höchsten Wachsamkeit, die hartnäckigen Feinde in ihren Schlupfwinkeln aufzustöbern, ihre Verbindungen aufzudecken, sie der Doppelzünglerei zu überführen und als Feinde der Partei zu entlarven. Es waren vielfach jene Elemente,

140 Hempel, Spartakus- und KPD-Mitglied, seit 1929 KPO, ab 1933 illegale Gewerkschaftsarbeit und nach 1945 KPD- und SED-Mitglied, wurde im Dezember 1950 aus der Partei und dem FDGB wegen Opposition gegen den Parteikurs und „Kosmopolitismus“ ausgeschlossen. Bergmann, *Gegen den Strom*, S. 387.

141 Der KPD- und KPO-Mitbegründer Hans Tittel schied 1939 in Paris aus der KPO aus und gelangte in die USA.

142 Die Lieberasch abgenötigten Erklärungen wurden als unbefriedigend erachtet und auch er wurde im Februar 1951 „als alter professioneller Parteifeind“ aus der SED ausgeschlossen. Bergmann, S. 402.

143 Fred Oelßner, „Konkreter Kampf zur Überwindung des Sozialdemokratismus“, ND, 14. Juli 1950.

144 Dem Direktor der Industrie- und Handelskammer, Anton Schneiderheinze, wurde vorgeworfen, seine KPO-Mitgliedschaft verschwiegen zu haben. Dies war eine deutliche Warnung an die noch unentdeckten KPOler im Zusammenhang mit der in allen Kontrollkommissionen verbreiteten Vermutung, unzulängliche Überprüfungsresultate erzielt zu haben. Vgl. dazu Cerny, KPO, S. 110.

145 Das ND veröffentlichte am 25. Januar 1951 eine Stellungnahme Siewerts.

die sich in Positionen in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in Massenorganisationen eingeschlichen hatten, Verbundenheit mit der Partei vortäuschten, die Parteiarbeit in den dort vorhandenen Grundorganisationen benutzten und alle mit ihren Positionen verbundenen Möglichkeiten zu einer mehr oder weniger ‚unsichtbaren‘ Gruppenarbeit ausnutzten.“¹⁴⁶

Auch Walcher, inzwischen Chef der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, wurde in einer Stellungnahme der Landesüberprüfungskommission vom 29. April 1951 – als seit Jahrzehnten „zu den ärgsten Feinden der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Partei“ gehörend – für den Parteiausschluß vorgeschlagen.¹⁴⁷ Walcher gehörte zu jenen ehemaligen Oppositionellen, die ihren Genossen nahelegten, „die alten Sachen“ ruhen zu lassen und sich ganz und gar auf die SED einzulassen.¹⁴⁸ Nun wurde er selbst mit diesen „alten Sachen“ konfrontiert und hatte die Rechnung zu bezahlen. Solche an prominenten früheren KPO- oder SAP-Mitgliedern statuierten Exempel hatten tatsächlich den Zweck, alle potentiellen Abwehler in die Deckung zu treiben.¹⁴⁹

Was ab Oktober 1949 im großen Stil seitens der ZPKK zunächst gegen Westemigranten sowie ehemalige Kriegsgefangene der Westalliierten oder Jugoslawiens und dann – ab August 1950 im Kontext mit der Fiedl-Sache – wieder verstärkt gegen die ehemaligen Splittergruppler in den Apparaten eingeleitet wurde, hatte schon nichts mehr mit nennenswerter Widerstands- oder Oppositionsaktivitäten zu tun. Dies gilt um so mehr für die Mitgliederüberprüfung des Jahres 1951. Die Stalinisierung der Partei wurde nun offen betrieben und sollte, insbesondere mit dem Instrument der Zentralen Parteikontrollkommission, sowohl die Verwandlung des SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliederkörpers in den einer disziplinierten Massenpartei bewirken. Der kaderpolitische und erziehungspolitische Zweck war dabei stets von einem „linienpolitischen“ Aspekt, nämlich dem „Durchstellen“ neuer Formierungsziele begleitet, welche die Kader- und Massenpartei in die Gesellschaft hinein vermitteln sollte.

146 Kritische Bemerkungen zu dem Artikel des Genossen R. Siewert „Der Weg der KPO – von der parteifeindlichen Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/49.

147 „Nach seinem Ausscheiden aus der KPO führte er seine zersetzende Tätigkeit im Lager der Arbeiterklasse weiter fort, indem er sich führend in der SAP beteiligte und dort die Antisowjet-Hetze durch die trotzkistische These von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande noch verstärkte.“ Die Stellungnahme der Landesüberprüfungskommission beschuldigte ihn ferner, in der Zeit nach 1933 die „arbeiterfeindliche SAP“ im Ausland geführt und „in dieser Zeit mit dem Verbrecher Trotzki und anderen bezahlten Agenten zusammen gearbeitet“ zu haben. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/48.

148 So verzeichnet in einem undatierten Protokoll der KPKK Leipzig, demgemäß Walcher im Sommer 1947 sich ebenso wie Duncker derart geäußert habe. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/385.

149 Daß bei der Jagd auf lebendige ehemalige KPÖler die Ausmerzungen der Erinnerung an die Toten mitunter vergessen wurde, zeigt der Fall Otto Engerts, der, aus der KPD ausgeschlossen, 1929 aktiver KPO-Funktionär und im gleichen Jahr zum Bürgermeister von Neuhaus gewählt wurde. Nach illegaler Arbeit ab 1933, Gestapo- und KZ-Haft war er der Kopf der Schumann-Engert-Gruppe, für die er zusammen mit Alfred Schmidt deren politische Plattform schrieb. Nach erneuter Verhaftung 1944 wurde er im Januar 1945 hingerichtet. Die nach ihm benannte Parteihochschule in Neuhaus wurde erst 1953 auf Veranlassung der BPKK umbenannt. Obwohl bereits eine Anzahl ehemaliger KPO-Leute von der Parteikontrolle entfernt worden waren, findet sich im Arbeitsplan für Suhl der Auftrag an die KPKK Neuhaus, für diese ehemaligen KPO-Hochburg eine Analyse auf „Stützpunktbildung“ durchzuführen. SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/384.

9. Die Tätigkeit der ZPKK und die Parteiüberprüfung 1949–1951

Der Komplex der inzwischen gut erforschten Parteiüberprüfung 1949–1951 umfaßt die Apparatsäuberung 1949/1950 und die Mitgliederüberprüfung 1950/1951.¹⁵⁰ Die ZPKK erweiterte auch die 1948 begonnene Kampagne gegen sozialdemokratische Funktionäre unter der Losung des „Schumachertums“ und die seit 1949 unter der Losung des Kampfes gegen den „Sozialdemokratismus“ fortgesetzte Pressionspolitik. Auch die meisten Opfer des Anfang der fünfziger Jahre von der Parteiführung entfesselten Kampfes „gegen die Tito-Faschisten“, gegen den Trotzismus, zur „Abwehr imperialistischer Agenten- und Spionagetätigkeit“ und zur „Entlarvung zionistischer Verschwörungen“ in der Partei im Umfeld der Prozesse um Lázlo Rajk¹⁵¹ in Budapest – später um Rudolf Slansky¹⁵² in Prag – bekamen keineswegs die Quittung für oppositionelle Tätigkeit. Sie waren vielmehr Geiseln im Dienst der SED-Stalinisierung und der Transmission wechselnder sowjetischer außenpolitischer – insbesondere ost- und südosteuropapolitischer – Interessen während der Entfesselung des Kalten Kriegs. Besonders geeignet für Verschwörungslegenden erschienen jene Genossen, bei denen sich aufgrund ihrer ehemaligen Westemigration außerordentlich leicht parteifeindliche Verbindungen behaupten ließen. In diesem Licht entschlüsseln sich zum Beispiel auch die Deklaration Paul Merkers¹⁵³ als Trotzist und die „Entlarvung“ der „Verräter“ Bruno Goldhammer, Maria Weiterer, Lex Ende, Leo Bauer und Willi Kreikemeyer¹⁵⁴ im August 1950¹⁵⁵ wie auch die spätere Untersuchung gegen Franz Dahlem.¹⁵⁶

-
- 150 Auf die detaillierte Darstellung der Parteiüberprüfung muß in diesem Aufsatz verzichtet werden.
- 151 Der ehemalige ungarische Außenminister Rajk wurde nach konstruierten Beschuldigungen im September 1949 zum Tode verurteilt und einen Monat später hingerichtet.
- 152 Slánsky, Generalsekretär der KPTsch, wurde im September 1951 seiner Parteiämter enthoben, im November 1951 mit anderen zusammen verhaftet und am 3. Dezember 1952 mit 10 weiteren Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zudem kam eine große Zahl von „Slánsky-Anhängern“ mit hohen Strafen ins Zuchthaus.
- 153 Merker, seit 1920 in der KPD organisiert und nach seiner Rückkehr aus dem Exil Mitglied des PV, des Zentralsekretariats und des PB der SED, gab durch eine frühere Verbindung zu Noel Field den Anlaß für die Entfernung aus allen Funktionen und für seinen Ausschluß aus der SED im August 1950.
- 154 Goldhammer war zum Zeitpunkt seiner Ablösung am 14. Juli 1950 Abteilungsleiter im Amt für Information der Regierung. Neben Kontakten zu Field machte ihn unter anderem sein Eintreten für das Ehepaar Steinberger am 4. 10. 1949 bei Matern verdächtig. Ibolya und Bernhard Steinberger waren im Mai 1949 bzw. Juni 1950 wegen Verbindungen zu Tibor Szöny, angeklagt im Rajk-Prozeß, verhaftet worden. Maria Weiterer war Organisationssekretärin im Frauenverband DFD. Lex Ende, bis Mai 1949 in der Chefredaktion des ND und dann als Herausgeber der DSF-Wochenzeitung „Friedenspost“ tätig, landete nach seinem Parteiausschluß wegen „Klassenverrats“ schließlich als Buchhalter in einem Hüttenwerk. Bauer, Chefredakteur des „Deutschlandsenders“, erwies sich in der Untersuchung der ZPKK sogar als „Agent des Klassenfeinds, der auch heute noch Verbindungen zu Kreisen um Field hat.“ Kreikemeyer war zum Zeitpunkt seiner „Entlarvung“ Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn. Alle genannten wurden auf ZPKK-Beschluß vom 18. 7. 1950 aus der SED ausgeschlossen. Der gleiche Beschluß vom Juli empfahl übrigens hinsichtlich Merkers zunächst nur die Abberufung aus allen Regierungs- und leitenden Parteifunktionen (SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/106).
- 155 „Verbindungen ehemaliger deutscher Emigranten zu Mitarbeitern des anglo-amerikanischen Spionagedienstes“. Anlage Nr. 5 zum TOP 8 im Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 22. August 1950, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2/105.

Unmittelbar nach dem Ende des Rajk-Prozesses in Budapest wurde im September 1949 auf Initiative von Franz Dahlem das bereits 1947 von der PPA gesammelte Material über Kontakte deutscher Westemigranten zu Noel Field¹⁵⁷ hervorgeholt und Anfang Oktober der ZPKK überstellt. Der PPA, bis 1948 geleitet von Grete Keilson, lagen damals neben Angaben von Merker aus dem Jahre 1946 auch Informationen Hans Teubners und Bruno Fuhrmanns von 1945 an den KPD-Apparat über Fields Arbeit mit deutschen Emigranten vor.¹⁵⁸ Seit Anfang Oktober 1949 forderte nun Herta Geffke in der Sache Field sowohl die Kaderunterlagen der verdächtigen Genossen als auch Berichte von ihnen selbst an. Überdies erreichten die ZPKK unaufgefordert eine Fülle von Denunziationen und Selbstanzeigen hellhörig gewordener Genossen, die sich wegen der Berichte aus Budapest in Gefahr wähnten. Das Politbüro verfügte schließlich auf seiner Sitzung vom 18. Oktober die systematische Überprüfung aller früheren Westemigranten oder ehemals in westalliierte bzw. jugoslawische Kriegsgefangenschaft geratenen führenden SED-Funktionäre.¹⁵⁹ Matern verwies am 21. Oktober vor der ZPKK¹⁶⁰ sowohl auf die Dringlichkeit der Überprüfung einiger hundert Genossen in führenden Partei- und Staatsfunktionen im Zusammenhang mit der Field/Rajk-Sache, als auch auf die Form des vertraulichen Umgangs mit dieser Richtlinie seitens der ZPKK-Kontrolleure. Anknüpfend an einen Beschluß des Politbüros vom 26. Juli¹⁶¹ zur Auseinandersetzung mit dem Trotzismus verband Matern den Anlaß der Kampagne mit ihrem eigentlichen politischen Hintergrund: Kampf gegen den Trotzismus als einer Agentur des Feindes und Überprüfung der Parteileitungen auf Konzentrationen ehemaliger Mitglieder der KPO, SAP und SPD. Kommissionen der Parteikontrollorgane suchten unter Aufsicht der ZPKK besonders intensiv im Partei-, Regierungs- und Verwaltungsapparat nach Parteifeinden. Die zentrale Sonderkommission für die Field-Sache arbeitete geheim. Ihr Abschlußbericht vom 18. Juli 1950 wurde zur Grundlage der erwähnten August-Beschlüsse von Politbüro und ZK-Plenum. Doch schon vor dem vom 20.–24. Juli 1950 stattfindenden 3. Parteitag formulierte die ZPKK – in Vorbereitung ihres Berichts an den Parteitag – in beispielhafter Klarheit politische Wegweisungen aufgrund der Erfahrungen bisheriger Überprüfungstätigkeit: „Mit der Neubildung der Arbeiterparteien im Jahre 1945 sind [...] eine ganze Reihe alter, oppositioneller Elemente von vor 1933 in die Partei hineingelangt.“ Die zweckvolle Verwertung dieses Umstands lautete: „Gerade aber in der Zeit des sich verschärfenden Klassenkampfes mußte die Partei erkennen, daß die Gegner an diesen schwachen Stellen mit ihrer Agenten-, Sabotage- und Zersetzungstätigkeit einsetzen werden und auch eingesetzt haben.“ Nach Hinweisen auf das 1948 angeblich wiedererstarkte „Nur-Gewerkschaftertum“, auf besonders ausgeprägte opportunistische, sektiererische und fraktionelle Tendenzen in Magdeburg und auf das Auftreten linker Radikaler in allen Ländern der DDR wurde im Zusammenhang mit den Verhältnissen in Thüringen die Nutzlosigkeit

156 Auch auf die im „Field-Komplex“ durchgeführten Untersuchungen und Maßnahmen kann in diesem Aufsatz im Einzelnen nicht eingegangen werden.

157 Der US-Amerikaner Field war während der Nazi-Zeit Beauftragter der Hilfsorganisation USC für Westeuropa und half einer Vielzahl politischer, insbesondere kommunistischer Emigranten mit Geldmitteln, bewahrte sie vor der Auslieferungshaft im unbesetzten Frankreich durch Interventionen bei den französischen Behörden, besorgte Ausreisevisa und fungierte als politischer Kurier.

158 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/106. Teubner, KPD-Funktionär und Emigrant, hatte wie auch Fuhrmann 1944/45 in der Schweiz durch Field Kontakt mit dem Unitarian Service Council.

159 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2/51.

160 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/438.

161 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2/35.

allein organisatorischer Maßnahmen (Ausschlüsse) erklärt: Diese Tendenzen „[...] konnten dort solche Ausmaße annehmen, weil sie nicht nur bei den einfachen Mitgliedern in den Grundeinheiten, sondern bis in der obersten Parteileitung Thüringens vorhanden waren. Hier konnte nur eine neue Methode helfen, die der Parteidiskussion auf breitester Grundlage. Diese Kampagne wurde auch vorbereitet und von den Grundeinheiten über die Kreisdelegiertenkonferenzen bis zur Landesdelegiertenkonferenz durchgeführt. Der Erfolg dieser Kampagne war nicht nur ein Erfolg für die Partei Thüringens, sondern gerade dadurch, daß sie dort in aller Öffentlichkeit durchgeführt wurde, ein Beispiel für die gesamte Partei [...]“ Damit war nun deutlich der eigentliche Zweck der sich zunehmend auf die Massenpartei SED richtenden Kampagne beschrieben, der nach den Funktionärsräuberungen im nächsten Schritt in die Überprüfung der Mitglieder münden sollte. Darauf aufbauend, hieß es unmißverständlich: „Zwölf Jahre Nazimoral, die Einflüsse des verfaulenden imperialistischen Systems, mit dem stinkenden Geschwür der Berliner Filiale des Ostbüros und dem östlichen Hauptquartier der imperialistischen Agenten- und Spionagezentrale werden uns noch lange zwingen, die Wachsamkeit zu steigern. Die Partei muß ein einziger großer Erziehungsapparat für die gesamten werktätigen Massen werden, damit auch sie immun gegen die feindlichen Einflüsse werden. [...] Es gab weite Kreise in- und außerhalb der Partei, die nach den Beschlüssen eine sogenannte ‚Massenreinigung‘ in der Partei entweder befürchteten oder erwarteten. [...] Wenn am Anfang geringfügige Steigerungen in der Statistik die Zahl erhöhte, so nur deshalb, weil wir die aufgespeicherten Verfahren der alten Schiedsgerichte aufzuarbeiten versuchten. [...] Wir betrachten unsere Arbeit, auch soweit sie Parteiverfahren betrifft, nicht kriminalistisch, sondern immer politisch, weil wir uns nicht in die Arbeit der staatlichen Sicherheitsorgane einmischen oder dieselbe ersetzen wollen. [...] Jedes Mitglied unserer Partei muß wissen: Niemand hat ein Recht, Mitglied unserer Partei zu sein; Niemand ist gezwungen, Mitglied unserer Partei zu sein; Niemand wird gezwungen, Mitglied unserer Partei zu bleiben, wenn er aus irgendwelchen Gründen mit den Grundsätzen und Zielen und mit dem Statut der Partei nicht mehr einverstanden ist; im Gegenteil: [...] Jedes Mitglied muß wissen, [...] daß auf Verrat an der Partei der Arbeiterklasse für jedes Mitglied die höchste Parteistrafe, der Ausschluß steht; daß parteischädigendes Verhalten dem Verrat gleichgesetzt wird.“¹⁶²

Die Überprüfung des Apparats war also nur der Anfang. Ihr schloß sich eine Mitglieder- und Kandidatenüberprüfung gemäß den zuvor ergangenen Richtlinien an, die im Januar 1951 begann. Eine Hierarchie aus Grund-, Kreis-, Landes- und Sonderkommissionen verband unter dem Kommando einer zentralen Kommission den vom III. Parteitag beschlossenen Umtausch der Mitglieds- und Kandidatenbücher mit einer Parteisäuberung.¹⁶³ Der am 22. April 1952 vom Politbüro bestätigte Abschlußbericht der Zentralen Kommission meldete 150 696 ausgeschlossene oder gestrichene Mitglieder und Kandidaten der SED.¹⁶⁴

162 Entwurf des Berichts der ZPKK an den 3. Parteitag, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/1.

163 Die Untersuchungszuständigkeiten der verschiedenen Kommissionen sind im Protokoll Nr. 20 der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 22. Januar 1951 (Anlage Nr. 1) festgelegt worden. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/168.

164 SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2/208.

10. Die bürokratische Logik innerparteilicher Verfolgung während der Stalinisierung der SED – ein Resümee

Mit den 1948/49 geschaffenen Parteikontrollkommissionen gelang es der Parteiführung, von der „Abwehr von Parteifeinden“ zu der viel weiterreichenden Aufgabe einer wirksamen Kontrolle der Massenpartei überzugehen. Dies entsprach dem Anspruch, als – im Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht – allein herrschende Regierungspartei zunächst den eigenen Funktionärskörper zu säubern und damit die Voraussetzungen zu schaffen, alle Parteimitglieder entsprechend den jeweiligen aktuellen Interessen der Parteiführung systematisch zu disziplinieren. Mit dem Mittel einer regelmäßigen Säuberung der Massenpartei allein war das allerdings nicht zu erreichen. Bis in die fünfziger Jahre hinein besaßen solche Methoden einen hohen Stellenwert. Aber auch schon damals war klar, daß die angestrebte Formierung der Massenpartei – als Bedingung für den herrschaftsgestützten Durchgriff auf die gesamte Bevölkerung – nur erfolgreich sein konnte, wenn es gleichzeitig zu einer positiven Konditionierung kam. So wie später der innerparteiliche Stellenwert kampagnenhafter Indoktrinationen sank und man stetiger Schulung den Vorrang gab, sollte auch das Mittel der groß angelegten Säuberung einer selektiven Disziplinierung weichen. Das Fokussieren der Aufmerksamkeit auf die institutionalisierte Parteikontrolle darf also nicht dazu führen, ihre Rolle bei der Parteiformierung zu überzeichnen. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kontrollkommissionen in der Zeit ihres Bestehens eine Vielzahl von wechselnden Verantwortlichkeiten auf sich vereinte, unter denen die hier hervorgehobene innerparteiliche Disziplinierung – insbesondere in Gestalt der Parteisäuberung – nur eine war. Daß jedoch in der SED-Geschichte der repressive Aspekt der Parteikontrolle niemals aufhörte, eine wichtige Rolle zu spielen, sagt schon hinreichend viel über den inneren Zustand dieser Massenpartei aus.

Das besondere Kapitel der Verfolgung von Kommunisten ist durchaus in den allgemeinen Kontext der frühen SED-Säuberungspraxis eingebettet: Der eigentliche Zweck des Kontroll- und Repressionsaufwands war keineswegs reaktiv, war also keineswegs die Antwort auf tatsächliche Widerstandsbereitschaft in der SED. Die Logik der Repressionen gerade gegenüber SED-Mitgliedern und -Funktionären folgte einem anderen Begründungszusammenhang: Sie wird sich vielmehr aus systemimmanenten Zwängen und den daraus entspringenden Herrschaftstechniken des in der SBZ/DDR und anderen nominalsozialistischen Ländern praktizierten Diktaturtyps ableiten lassen. Unter diesem Aspekt ist auch der vielfach als „irrational“, „dysfunktional“ oder „ökonomisch bzw. politisch kontraproduktiv“ bezeichnete Terror stalinistischer Parteiführungen gegenüber den Mitgliedern der eigenen Partei und ihrer Apparate als im System durchaus „rational“ nachweisbar. Tatsächlich ging es darum, den Stalinisierungsprozeß in der Massenpartei SED aktiv und präventiv abzusichern: Es ging um die Verwandlung der Mitgliederpartei in ein gegen Dissidenz immunisiertes Instrument der Parteiführung. Solcherart stalinistische Parteiformierung erforderte, dem ambivalenten Zustand der SED in den 40er Jahren gemäß, auch die Anwendung terroristischer Methoden.

Gerade am Beispiel der stalinistischen Kommunistenverfolgung entschlüsselt sich zudem das offensichtliche Mißverhältnis von nur punktueller innerparteilicher Widerstandsbereitschaft und dem beträchtlichen Ausmaß repressiver Energie in den Parteisäuberungen. Der martialische Ton der Anklagen und die große Anzahl verfolgter Parteimitglieder darf kei-

neswegs als Maßstab für die tatsächliche Stärke parteioppositioneller Handlungsbereitschaft in der SED geltend gemacht werden. Der Inhalt von Anschuldigungen und das tatsächliche Selbstverständnis bzw. die wirklichen Handlungen der Verfolgten oder Disziplinierten hatten selten etwas miteinander zu tun. Deshalb war die Verfolgung von sozialdemokratischen oder kommunistischen, vermeintlichen oder tatsächlichen Dissidenten aber weder irrational noch übertrieben. Die Parteisäuberungen waren jenseits ihrer bizarren Selbstlegitimation vielmehr rationaler Ausdruck der Einsicht und Entschlossenheit, Gewalt als Mittel der Zurechtweisung von Partei und Gesellschaft und im Sinne präventiver Abwendung von Gefährdungen des eigenen Herrschaftsmonopols einsetzen zu müssen. Jedoch wurde das Bewußtsein, Gewalt niemals als einziges Mittel oder gar als Selbstzweck, sondern immer zusammen mit ideologischer Konditionierung und kaderpolitischer Weitsicht anzuwenden, fortlaufend mit den Erfahrungen geschärft. Daß man in der Parteiführung und im Apparat sehr wohl lernte, flexibel bei der Auswahl und Anwendung verschiedener Herrschaftstechniken vorzugehen, zeigte die weitere Entwicklung.